# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40. Montag, den 17. Februar 1908. 15. Jahrg.


**Hierzu eine Beilage.**

## Die Ursache der Krisen.

Ap. Als die Krisen zum ersten Male im kapitalistischen England auftraten, wurden allerhand Erklärungen für sie ausgedacht. Da man die herrschende Produktionsweise für die ewige Ordnung der Dinge hielt, konnte man schwerlich glauben, daß das Krisenelend zu dieser ewigen Ordnung notwendig gehörte und man suchte also nach besonderen Ursachen. Einige glaubten, die Sonnenflecke seien schuld daran, andere schoben die Schuld auf verkehrte Gesetze über Bankwesen und Geldzirkulation. Wieder andere sagten, die Krisen rührten von der Überproduktion her; es sei einfach zu viel produziert worden. Diese Erklärung leidet an demselben Mangel wie die des Onkel Bräsig: die große Armut stamme von der großen Powerteh her; sie gibt für eine Erklärung aus, was bloß der Name für die augenfälligste und erste Erscheinung der Krise ist.

Mit diesem Suchen nach bestimmten Ursachen war es zu Ende, als Marx den periodischen Wechsel von Prosperität und Krise als einen notwendigen Ausfluß der inneren Gegensätze des Kapitalismus, der erst mit dem Kapitalismus selbst verschwinden würde, nachwies. Nach dieser Erklärung bliebe bloß übrig, die immer neuen Formen zu studieren, die dieser Wechsel mit der steigenden Ausdehnung des Weltmarktes und der Eröffnung neuer Weltteile annimmt. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts glaubte jedoch Genosse Bernstein das gänzliche Verschwinden der Krisen noch innerhalb des Kapitalismus vorhersagen zu dürfen, weil die Trusts deren Grundursache, die Regellosigkeit der Produktion, immer mehr beseitigen.

Nun zeigt schon die heutige Krise, die zuerst in Amerika, dem eigentlichen Lande der Trusts, ausbrach, daß es jedenfalls noch nicht so weit ist. Um aber beurteilen zu können, ob dennoch vielleicht in der Zukunft, bei einer höheren Entwicklung der Trusts, die Krisen verschwinden werden, müssen wir nachprüfen, in welchem Maße die einzelnen Faktoren des Kapitalismus, wie die Regellosigkeit der Produktion, die Konkurrenz und die Ausbeutung, zum Entstehen der Krisen beitragen.

Die Regellosigkeit allein, die Tatsache, daß die Produzenten weder das Bedürfnis der Gesellschaft, noch die Produktion ihrer Kollegen kennen, genügt nicht, denn dabei könnte es gerade so gut zutreffen, daß zu wenig als daß zuviel produziert würde. Andere Faktoren müssen also hinzukommen.

Wenn ein Kapitalist sein Produkt verkauft, bekommt er in dem Ertrag den seinen Arbeitern gezahlten Lohn und seine Auslagen für Rohstoffe zurück, dazu einen gewissen Betrag für den Wertverlust, den Verschleiß seiner Maschinen und schließlich noch eine Summe, die seinen Mehrwert darstellt. Soweit er davon nicht anderen Kapitalisten einen Teil abgeben muß, spart er es zum Teil als Kapital, zum Ankauf neuer Maschinen; das übrige verwendet er zu seinem Privatkonsum. Betrachtet man die Gesamtproduktion der Gesellschaft als ein Ganzes, dann kaufen alle Menschen zusammen alle Produkte; es ist also die ganze Produktion der Welt zu einem großen Haufen zusammengetragen und alle Leute nehmen davon nach dem Maßstabe des Geldes, das sie aufwenden können. Die Arbeiterklasse nimmt für ihren Lohn Lebensmittel — wir verstehen darunter alle Mittel zum Leben, nicht bloß Essen und Trinken, sondern auch die dauerhafteren Gebrauchsgegenstände, Kleider und Möbel — die Kapitalisten nehmen für die ihnen zurückfließenden Geldsummen Rohstoffe und neue Maschinen an Stelle der abgenutzten; sie nehmen sogar bessere, größere und teuere Maschinen, um dem Fortschritt der Technik Rechnung zu tragen und sie geben dazu einen Teil ihres Profits her. Für den Rest ihres Profits nehmen die Kapitalisten die für sie bestimmten Lebens- und Luxusmittel.

Nun ist klar: soll dies alles gut klappen, soll nirgends ein Zuviel oder ein Zuwenig einiger Waren da sein, dann müssen alle diese verschiedenen Warensorten: Produktionsmittel, Lebensmittel für die Arbeiter und Lebensmittel für die Kapitalisten, in einem bestimmten Mengenverhältnis produziert werden. Befände sich die ganze Weltproduktion in den Händen eines einzigen Riesentrust, von dem alle Kapitalisten Aktionäre wären, so hätte der Direktor bloß für diese Regelung der Produktion zu sorgen. Er hätte die gesellschaftliche Arbeit derart über alle Branchen zu verteilen, daß genau so viele Maschinen produziert würden, als in der Produktion aller Artikel regelmäßig verschleißen, und daß Schwarzbrot und Arbeitskittel, Sekt und seidene Jupons genau in dem Verhältnis angefertigt würden, als dem Einkommen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse entspricht. Dann würde alles in schönster Ordnung bestehen bleiben und keine Krise würde Arbeitslosigkeit und Elend bringen können.

Aber ein solcher Direktor wäre gar kein richtiger Kapitalist. Wäre er ein Kapitalist vom alten Schrot und Korn, der die Börse auf dem rechten Fleck hat, so würde er sagen: was von unserem Einkommen den Gaumen passiert, bringt bloß Lust aber keine Frucht, keinen Gewinn; es wird unproduktiv verschwendet; verwendet man es aber produktiv, als Kapital, um Maschinen zu kaufen und Arbeitskraft auszubeuten, so bringt es Profit ein, der für die Kapitalisten die höchste Lust ist. Eingedenk der liberal-ökonomischen Lehre, daß die Kapitalbildung das Fundament allen Fortschrittes ist, wird er einen größeren Teil des Mehrwertes als Kapital verwenden und einen kleineren Teil dem Privatkonsum der Besitzer überlassen.

Zunächst bringt dies bloß mit sich, daß an Stelle des alten Verhältnisses jetzt mehr Maschinen und weniger Luxusmittel angefertigt werden müssen. Stellten die Kapitalisten diese Maschinen in ihre Salons, um sie zu bewundern, so wäre dabei das Gleichgewicht noch immer nicht gestört. Aber dazu werden Maschinen nicht gebraucht; sie sollen ja Kapital sein, d. h. Profit schaffen und das können sie bloß, wenn sie Waren, Lebensmittel produzieren, die jetzt zu dem alten Quantum hinzukommen. Soweit die neueingestellten Arbeiter den Wert der eigenen Lebensmittel herstellen, verzehren sie diese auch selbst; aber sie produzieren viel mehr, also auch Gebrauchsartikel für die Kapitalisten, wo diese grade weniger Geld für den Konsum zur Verfügung haben. Die Überproduktion ist da.

So geht es nun gerade in der heutigen Welt. Jeder Kapitalist ist gezwungen, sein Kapital möglichst rasch zu vergrößern, um zu dem Wettkampfe gerüstet zu sein; daher beschränkt er seinen Privatkonsum und daher vor allem drückt er die Löhne der Arbeiter herunter. Als ein Ganzes betrachtet, verwendet die Kapitalistenklasse einen möglichst großen Teil ihres Profits als Kapital; anstatt ihn in Luxus zu verzehren, stecken sie ihn ins Geschäft und produzieren damit, denn ohne Produktion kein Mehrwert. Aber damit stören sie fortwährend das Gleichgewicht und bewirken eine Überproduktion, die durch die verwickelten Kreditverhältnisse zuerst verborgen, schließlich in einer plötzlich hereinbrechenden Krise ans Tageslicht tritt.

Die Grundursache der Krisen liegt also darin, daß die Kapitalisten, durch ihre Profitgier getrieben, ihr Einkommen möglichst als produzierendes Kapital zu benutzen suchen, anstatt es unproduktiv zu verausgaben. Wären sie alle zufrieden mit ihrem Besitze und verjubelten den ganzen Mehrwert, so wäre mit der Triebkraft des Fortschritts auch der Stachel zur Überproduktion verschwunden. Alle Verhältnisse sind hier also auf den Kopf gestellt. Die Schlemmer und Verschwender sind die Wohltäter der Gesellschaft, denn bloß sie könnten uns vor Krisen bewahren. Die Tugenden der Väter dagegen, die Enthaltsamkeit und die Sparsamkeit, die Sorge, das Geld gewinnbringend anzulegen, sind zur Quelle des Elends geworden.

Damit liegt auch die Zukunft der Krisen klar vor uns. Solange die Profitgier die Herzen der Geldbesitzer erfüllt, hilft die teilweise Regelung der Produktion nichts zur Abwehr der Krisen. Solange die Kapitalisten sich nicht dazu bescheiden, bei gleichbleibendem Besitz ihre Rieseneinkommen ganz zu verprassen oder wegzuwerfen, sondern ihr Kapital immerfort vergrößern wollen — so machen es ja heute die großen Trustherren alle — solange bleibt der Anlaß zur Überproduktion bestehen. Solange die Kapitalisten bleiben was sie heute sind, geldgierige Profitjäger, die nie genug haben, d. h. solange der Kapitalismus bestehen bleibt, solange werden auch die Arbeiter immer aufs neue durch das Krisenelend dazu aufgepeitscht werden, die Kapitalisten aus der Herrschaft zu jagen. Einen anderen Ausweg gibt es für sie nicht.

Erst mit der sozialistischen Regelung der Produktion verschwinden die Krisen, weil die Möglichkeit der Ausbeutung und der Profitmacherei verschwunden ist und damit auch die kapitalistische Profitgier als Triebkraft einer kopflosen Produktion. An ihre Stelle tritt die reichliche Befriedigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes als Triebkraft einer zweckmäßig geregelten Produktion.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Der Reichstag**

beriet am Sonnabend den Postetat weiter. Es ist anzuerkennen, daß der freisinnige Arzt Dr. Struve, ein Mitglied der noch nicht ganz verwiemerten Vereinigung, scharfe Worte über die unerhörte Maßregelung des Dr. Schellenberg in Wiesbaden fand. Selbst der keimfromme Eickhoff rügte, daß der Postetat den Schwatz einer Kellnerin und die in freisinnigen Zwischenrufen gebührend gekennzeichnete Denunziation eines emeritierten Postrats zu einer Haupt- und Staatsaktion benutzt hat. Nur der mecklenburgische Junker v. Treuenfels hatte die Stirn, die Maßregelung zu bejubeln. Staatssekretär Krätke bestritt übrigens fortgesetzt, daß eine Maßregelung vorliege. Das brausende Gelächter der Linken und des Zentrums mochte ihm zeigen, wie viel Glauben seine mit kläglichem Ungeschick zusammengefügten Verlegenheitssätze fanden. Ein hakatistisches Gegenstück aus dem Osten zum Fall Schellenberg trug der Pole Kulerski vor. Erwähnt sei noch, daß Herr Eickhoff zwar für Gesamtverbände der Beamten, aber gegen ein unumschränktes Koalitionsrecht derselben eintrat. Am Montag geht die Beratung weiter.

**Der Kanzelparagraph in Lothringen.**

Am Kaisergeburtstage werden bekanntlich für Wilhelm II. besondere Gottesdienste abgehalten. Die Pfarrer sind verpflichtet, an diesem Tage in ihren Predigten des Kaisers besonders zu gedenken. Dieser Kaisergeburtstags-Gottesdienst soll nun dem Pfarrer von Ars an der Mosel zum Verhängnis werden. Beherrscht von seinen klerikalen Anschauungen und jedenfalls von seiner Ueberzeugung getrieben, legte er auf der Kanzel los, daß brave Katholiken gar keinen Anlaß hätten, über die Geburt des Kaisers sich zu freuen, usw. Die Philippika hat natürlich bei allen Byzantinern und Hurrapatrioten gewaltig verschnupft. Dem Militär wurde verboten, den Gottesdienst in der Kirche zu Ars zu besuchen, und obwohl der Pfarrer in einer Metzer Zeitung erklären ließ, daß er die Rede in dieser Form nicht gehalten habe, hat die Metzer Staatsanwaltschaft doch gegen ihn das Strafverfahren eingeleitet. Sie stützt sich auf § 130a des sogenannten Kanzelparagraphen, der die Geistlichen unter Strafe stellt, die in einer Kirche Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verkünden oder erörtern. So ist es nun einmal im monarchischen Deutschland. Erst bestellt man bei den Dienern der himmlischen Majestät eine Extrawurst für die irdischen Majestäten, wenn aber diese in dem vom Geistlichen verkündeten Wort Gottes etwas versalzen ist, dann bemüht man Staatsanwalt und Gericht! Wenn Geistliche sich freilich auf der Kanzel in Verleumdungen gegen die moderne Arbeiterbewegung — gewiß auch eine Angelegenheit des Staates — ergehen, dann kräht kein Hahn danach.

**Junkerliche Arbeiterfreundlichkeit.**

Der Arbeitermangel auf dem Lande hat es zuwege gebracht, daß unsere ostelbischen Junker auf einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckten und nun für verstärkten Schutz der — gewerblichen Arbeiterjugend schwärmen. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigten sich nicht weniger als zwei Referenten — natürlich Junker, die für die Beurteilung der Notwendigkeit des Arbeiterschutzes am kompetentesten sind — mit dieser Frage und schlugen schließlich einen Antrag vor, der eine Verschärfung der Arbeiterschutzgesetzgebung für jugendliche gewerbliche Arbeiter bis zum 18. Jahre fordert. Wenn nun unsere Agrarier sich mit der Arbeiterschaft beschäftigen, so ist sicher irgendeine reaktionäre Schandtat in Vorbereitung. So auch hier. Am liebsten wäre es den agrarischen Schnapphähnen, wenn die Freizügigkeit überhaupt aufgehoben würde. Dieser Wunsch hat aber seine bedenkliche Seite, wie der eine Referent, der Junker v. Erffa, hervorhob: „Wir würden damit einen sozialdemokratischen Grundsatz anerkennen: das Recht auf Arbeit. Denn wenn wir jemand hindern, Arbeit zu suchen, wo er sie findet, müssen wir ihm auch Arbeit schaffen.“ Es ist deshalb schon besser, man appelliert an „den treuen Schirmhalter über der deutschen Landwirtschaft“, wie die Junker in ihrem geliebten Stalldeutsch den Reichskanzler nannten, durch Abänderung der Gewerbeordnung der Industrie die Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte zu verekeln. Die jungen Leute müssen dann in der Landwirtschaft Arbeit suchen und können nach Herzenslust ausgebeutet werden. So läßt sich das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, man bekommt billige Arbeitskräfte und kann gleichzeitig in Arbeiterfreundlichkeit machen. Diesen Gedankengang faßte der schon genannte Freiherr v. Erffa in den Sätzen zusammen:

> Wir sind in dem Schutz jugendlicher Arbeiter allen anderen Staaten nach, sogar Rußland, der Schweiz, Spanien usw. Deutschland steht mit seiner gänzlichen Schutzlosigkeit dieser sehr gefährdeten Altersklassen hinter allen andern Staaten zurück. Dieser Schutz liegt gewiß auch im landwirtschaftlichen Interesse, aber ebensosehr im hygienischem und sittlichem Interesse. Auf jeden stärkeren Schutz reagiert die Industrie sehr empfindlich. Viele Industriezweige verzichten lieber auf jugendliche Arbeitskräfte, als daß sie sich eine Kontrolle und Beschränkung der Arbeitszeit gefallen lassen.

Diese menschenfreundlichen Pläne fanden natürlich den begeisterten Beifall aller Mitglieder des Landwirtschaftsrats, derselben Leute, die Zeter und Mordio schreien, wenn

der schamlosesten Kinderausbeutung in der Landwirtschaft ein schwacher Damm entgegengesetzt werden soll. Vor dieser Sorte von Arbeiterfreunden sich in acht zu nehmen, haben die Land- und Industrieproletarier alle Veranlassung.

Als weiterer Punkt stand auf der Tagesordnung noch das geplante Spiritusmonopol. Die Angelegenheit wurde erledigt durch Annahme einer langen Resolution, in der sich die Agrarier mit dem Monopolplan einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß die Reichsregierung die Gelegenheit benutzt, um den Junkern die unergründlichen Taschen zu füllen. Das soll geschehen durch Zubilligung des Brennmonopols an die bestehenden Brennereien, entsprechende „Sicherstellung der Produktionskosten", die möglichst hoch anzusetzen sind, und durch Maßregeln, die eine Hebung des Verbrauchs von Spiritus herbeiführen. Zu diesem Zweck soll der Petroleumkonsum zurückgedrängt werden durch Erhöhung des Petroleumzolls. Die Mehreinnahmen daraus sind dann zur Herabsetzung der Zuckersteuer zu verwenden, um, wie sich der Erfinder dieser genialen Idee, der Professor Delbrück, ausdrückte, den Petroleumzoll durch den Zucker zu versüßen. Ohne ein Stück Heuchelei geht es natürlich nicht ab. Auch dieser Antrag fand den Beifall der versammelten Schnapsjunker.

### Die Nachfolgerschaft des Genossen Kloß.

Die beiden Mandate, die durch den Tod unseres Genossen Karl Kloß im württembergischen Landtage und im Stuttgarter Gemeinderat frei geworden sind, bleiben der Partei erhalten. Es tritt zum erstenmal der Fall ein, daß einer der bei der Proporzwahl in der Minderheit gebliebenen Kandidaten an Stelle eines ausscheidenden Mitgliedes vorrückt — sowohl im Landtag als im Gemeinderat. Im Landtag wird das Kloßsche Mandat übergehen auf den Parteigenossen Georg Reichel, zweiter Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der bei der Proporzwahl in Stuttgart von den nichtgewählten Kandidaten der Sozialdemokratie die höchste Stimmenzahl erreichte. Das Gemeinderatsmandat von Kloß wird auf den Parteigenossen G. Ulrich übertragen, der bei der letzten Gemeinderatswahl der nächste Anwärter unter den sozialdemokratischen Kandidaten war.

### Zur Aufhebung der Kriegsgefangenschaft der Hereros,

von der wir am Sonnabend berichteten, bemerkt der „Vorwärts" mit Recht: „Die Kaisers-Geburtstagsfestfreude der Hereros wird keine besonders große, sicherlich aber keine dauernde sein. Denn die Hereros tauschen die bisherige Form der Sklaverei nur mit einer neuen. Da ihnen ja der Erwerb von Land und Vieh für alle Zeiten verwehrt ist, müssen sie, um nicht zu verhungern, Arbeit nehmen. Da wird es für die durch die Hungerpeitsche in den Dienst der Farmer getriebenen schwarzen Lohnsklaven keinen großen Unterschied machen, ob sie sich ihre Ausbeuter selbst auswählen dürfen. Die Farmer werden sich hüten, einander durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu überbieten. Sie wissen ja, daß die Hereros keine Wahl haben: sie müssen ja die nächstbeste Arbeitsgelegenheit ergreifen. Denn zu Organisationen dürfen sie sich ebensowenig zusammenschließen wie die deutschen Landproletarier. Aber diese können immerhin der Fuchtel der Junker durch die Flucht in die Städte oder Industriebezirke entgehen. So was gibts aber in Wüst-West nicht! — Ja, der schwarze Lohnsklave besitzt nicht einmal Freizügigkeit, er darf seinen Aufenthaltsort nur nach Ausstellung eines Passes verlassen. Er darf vor allen Dingen auch nicht auswandern! Er ist nichts als ein elender, hilfloser Sklave, rettungslos dazu verdammt, gegen „Feldkost" (Heuschrecken, Käferlarven und ähnliche lukullische Genüsse!) und erbärmlichen Hungerlohn den weißen Herrenmenschen Sklavendienste zu leisten!"

### Das Reichsvereinsgesetz.

In der Reichstagskommission erhielt nach Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge des § 4 — der von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel handelt — folgende Fassung: „Soll eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden, so ist dies in der Anzeige oder in der dieselbe vertretenden öffentlichen Bekanntmachung ausdrücklich hervorzuheben. Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn von der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs zu befürchten ist. Öffentliche Versammlungen in einem mit dem Versammlungslokal zusammenhängenden eingefriedigten Hof oder Garten gelten nicht als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Über die Verweigerung der Genehmigung ist dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe zu erteilen. Gewöhnliche Leichenbegängnisse, sowie Züge der Hochzeitsversammlungen, wo sie hergebracht sind, bedürfen einer Genehmigung nicht. Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß auch andere Aufzüge der vorgängigen Anzeige und Genehmigung nicht bedürfen, und daß Aufzüge, welche durch mehrere Ortschaften führen, nur einer Behörde angezeigt und von ihr genehmigt zu werden brauchen. Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen für Versammlungen unter freiem Himmel die Anzeige an die Polizeibehörde statt der Einholung der Genehmigung genügt."

### Der Proporz marschiert.

**Der Gemeindewahlausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer beschloß, daß der Proporz zu den Gemeindewahlen noch dieses Jahr auf dem Verordnungswege einzuführen sei. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, daß in allen Gemeinden mit über 4000 Seelen dies zu geschehen habe; weiter, daß in den Gemeinden unter 4000 Seelen es geschehen müsse, wenn ein Viertel der Wahlberechtigten dies wünscht. Letzterer Beschluß wurde mit Stimmengleichheit gefaßt. Der bayerische Landtag geht also in der Anwendung des Proporzes viel weiter, als die bürgerlichen Parteien im württembergischen Landtag sich zu gehen getrauten.**

### Bülow, der Agrarier.

Bülow hat ein neues Bekenntnis zum Agrarismus abgelegt. Wegen Krankheit konnte er dem Festbankett des deutschen Landwirtschaftsrats nicht, wie üblich, beiwohnen und beglückte deshalb die Herren mit folgendem Telegramm:

„Schmerzlich bedauernd, meinen allgewohnten Platz nicht einnehmen zu können, danke ich herzlich für die freundliche Begrüßung. Meine Arbeit für die deutsche Landwirtschaft habe ich getan, tue ich und werde ich tun, weil ich glaube, damit eine meiner vornehmsten Pflichten gegen das deutsche Volk zu erfüllen. Die auch in Ihren Verhandlungen bekundete Bereitwilligkeit der Landwirtschaft, ihre erstarkenden Kräfte in den Dienst großer neuer sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben zu stellen, ist dafür mein bester Lohn und zeigt mir aufs neue, daß ich auf dem rechten Wege bin."

Wo bleiben die liberalen Blockhoffnungen?

### Diogenes Bülow.

Der Reichskanzler wandelt am hellerlichten Tage mit der Laterne umher und sucht einen — Reichsschatzsekretär! aber keiner will anbeißen. Der beste Beweis, wie verfahren der Reichsfinanzkarren ist. Die „Mil.-Pol. Korr." teilt mit:

„Der Wechsel im Reichsschatzamt scheint dem Kanzler ungeahnte Schwierigkeiten zu bereiten. Bis zum Ende der zweiten Februarwoche hat Fürst Bülow etwa ein Dutzend Ablehnungen der verschiedensten Persönlichkeiten erhalten, die von ihm für den schwierigen Posten in Aussicht genommen waren. An den Unterstaatssekretär Twele, der unlängst als der Nachfolger von Stengels genannt wurde, ist von seiten oder im Auftrage des Reichskanzlers noch keine solche Aufforderung ergangen. Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs kann ebensogut in den nächsten 24 Stunden wie erst nach Wochen erfolgen. Alles hängt von dem Ergebnis der Bemühungen ab, einen geeigneten Ersatzmann zu finden. Freiherr v. Stengel erscheint aber weder im Bundesrat, noch führt er mehr als nominell die Geschäfte seines Ressorts weiter.

Daß unter solchen Umständen und bei dieser Ungewißheit die notwendige große Finanzreform vor der nächsten Herbsttagung des Reichstages möglich sein sollte, wird jetzt auch von den größten Optimisten lebhaft bezweifelt. Gewisse Anzeichen deuten auch bestimmt darauf hin, daß der am 1. April d. Js. akut werdende Mehrbedarf des Reiches — über die Ausgaben des Reichshaushaltsvoranschlages von 1908 hinaus — durch eine Anleihe von etwa 65 Millionen Mark gedeckt werden wird.

**Es wird fortgepumpt! Das ist der Bülowschen Finanzweisheit letzter Schluß. Wenn ein Privatmann so wirtschaftete! Das Zuchthaus wäre ihm sicher.**

### Rußland.

**Aufsehenerregende Meldungen** von einer türkischen Mobilisation an der russischen Grenze tauchten in letzter Zeit auf. Der Berliner türkische Botschafter erklärte auf Anfrage diese Nachrichten für unwahr.

**Der rebellische Adel.** In der Moskauer Adelsversammlung ereignete sich Freitag folgender bezeichnender Vorfall: Die Adelsversammlung hatte eine Ergebenheitsadresse an den Zaren votiert, als zuerst 16, schließlich 60 Adlige aufstanden und Protest gegen die Adresse erhoben, die ihrem Inhalte nach den Grundsätzen und dem Oktober-Manifeste widerspräche und den Zweck verfolge, die Rückkehr zum früheren Regime zu billigen. Der Protest ist von den hervorragendsten Vertretern der Moskauer Adelsversammlung unterschrieben.

### Frankreich.

**Hervés Maßregelung bestätigt.** Der Genosse Herve wurde bekanntlich wegen seiner antimilitaristischen Agitation, insbesondere wegen einiger Artikel, die sich gegen die Kriegsführung in Marokko wendeten, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Daraufhin ist er auch von der Pariser Advokatenkammer gemaßregelt worden, d. h. er darf seine Advokatur vor dem Seine-Gerichtshof nicht mehr ausüben. Seine Berufung an die höhere Instanz ist dieser Tage abgewiesen worden.

### Portugal.

**Die Franco-Leute** haben ihre unheilvolle Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie verlangen energisch die Rückberufung ihres Führers und bedrohen die Leiter der republikanischen Blätter mit dem gleichen Los, das König Carlos und seinen Sohn getroffen hat. Die Regierung traf Vorsichtsmaßregeln und hielt zwei Regimenter in Bereitschaft.

**Eine Demonstration** fand am gestrigen Sonntag am Grabe der Königsmörder statt. Viele tausend Personen nahmen an derselben teil.

### England.

**Die Antwort.** Die „kleine" Flottenvorlage, die durch eine Herabsetzung der Lebensdauer der deutschen Kriegsschiffe eine Verstärkung der Wehrkraft und eine Beschleunigung des Tempos im Bau neuer Schiffe vorsieht, hat in England die Wirkung ausgelöst, die mit Sicherheit zu erwarten war. Es ist immer das alte Lied: Sowie eine Macht Rüstungsverstärkungen vornimmt, antworten die anderen Mächte, in diesem Falle England, das seine maritime Überlegenheit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten gewillt ist, mit noch größeren Aufwendungen für Rüstungszwecke. So wurde nach einer Londoner Meldung bekannt gegeben, daß sich die gesamten Ausgaben für die englische Kriegsmarine in diesem Jahre auf 32 Millionen Pfund Sterling oder etwa 640 Millionen Mark beziffern werden. **Eine solche Summe haben die Ausgaben für die Flotte in England bisher noch nie erreicht. Bemerkenswert ist, daß dieses Maximum zu einer Zeit erreicht** wird, da eine liberale Regierung am Staatsruder sitzt, und zwar ein liberales Ministerium, das ein weitgehendes Programm für die Haager Friedenskonferenz ausarbeitete. Die ungeheure Summe, die in diesem Jahre ausgegeben wird, muß im nächsten Jahre noch übertroffen werden, und zwar, wie es heißt, wegen der Vermehrung der deutschen Flotte. Die extremen Radikalen werden gegen diese Ausgaben protestieren, aber keinen Erfolg haben.

Die Differenz zwischen den enormen Ausgaben für Flottenzwecke und den Resultaten des Haager „Friedenswerkes" ist auch im englischen Unterhause zur Sprache gekommen. Es wird darüber berichtet: Der Staatssekretär des Auswärtigen, Grey, antwortete auf die Anfrage, ob er gegebenenfalls die im Zusammenhang mit der englisch-russischen Konvention zwischen der englischen und der deutschen Regierung gepflogene Korrespondenz veröffentlichen wolle, daß es eine solche Korrespondenz nicht gäbe. Bellairs fragte, ob im Einklang mit der auf der Friedens-Konferenz im Haag gemachten Ankündigung das britische Flottenprogramm irgendeiner fremden Macht mitgeteilt worden sei. Grey stellte fest, daß die englische Regierung bereit sein würde, den Mächten, die ebenso verfahren würden, jährlich mitzuteilen, was für Schiffe sie zu bauen beabsichtige, und welche Kosten damit verbunden wären. Die Erklärung hätte die Annahme zur Grundlage, daß tatsächlich, wenn auch nicht in der Theorie, die Flottenprogramme der Großmächte bis zu einem gewissen Grade von einander abhängig wären. Grey fügte hinzu, solange nicht die anderen Mächte zu dieser Handlungsweise bereit wären, läge kein Grund vor, irgend einer Macht das Flottenprogramm im voraus mitzuteilen. Das Anerbieten der englischen Regierung zu der Mitteilung würde jederzeit aufrecht erhalten werden.

### Marokko.

**Die Spanier** wollen sich anscheinend auch in Marokko die Finger verbrennen. Über Madrid kommt folgende Meldung: Tausend Mann spanischer Truppen unter General Marinas besetzte das vom Sultan verlassene Man Chica bei Mehilla. Es fielen nur einige Flintenschüsse.

### Amerika.

**Zur Präsidentenwahl,** die im Herbst dieses Jahres stattfindet, rüsten die Parteien eifrig. Unter den Republikanern und Demokraten wird vorläufig noch ein Kampf um die Kandidatur geführt. Obgleich Roosevelts Einfluß in der republikanischen Partei sehr stark ist, macht sich doch eine kräftige Gegenströmung bemerkbar, die den Gouverneur des Staates Neuyork, Hughes, für die Wahl in Vorschlag bringen will. Die Roosevelt-Partei schart sich um den Kriegssekretär Taft, der bei der Arbeiterschaft des Landes in keinem guten Andenken steht. Taft hat sich, als er das Richteramt bekleidete, durch einige Urteile anrüchig gemacht, welche die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verletzten. Sein Gönner Roosevelt hat sich deshalb wohl auch in der letzten Zeit bemüht, die Gewerkschaften in Schutz zu nehmen gegen die sogenannten „Einhaltsbefehle", mit denen die Richter häufig gegen Streiks und Boykotts den bedrängten Unternehmern beispringen. Taft gilt als derjenige, der Roosevelts Politik in jeder Weise fortsetzen würde, und Roosevelt versucht, seinen ganzen Einfluß für ihn in die Wagschale zu werfen. Aber Roosevelt ist durch die schwachen Anläufe, die er zur Bekämpfung der „Auswüchse" der Trusts tat, den Großkapitalisten unbequem geworden. Diese halten es daher für sicherer, keinen Rooseveltmann zu unterstützen und dadurch gewinnt der republikanische Gegenkandidat viel Unterstützung. Die Demokraten senden ihren alten Führer William Jennings Bryan wieder ins Treffen, obgleich auch gegen ihn eine starke Strömung in der demokratischen Partei besteht. Bryan gilt als radikaler Demokrat, und viele seiner Parteigenossen trauen ihm nicht! aber sie können ihm keinen Mann entgegenstellen, der auf die Massen in einer ähnlichen Weise zu wirken vermag wie Bryan. Schon zweimal ist Bryan im Kampfe um den Präsidentschaftsposten geschlagen worden, und nur seiner großen Popularität ist es zuzuschreiben, wenn die Partei sich zum dritten Mal auf ihn verläßt. Als die Demokraten es bei der letzten Wahl (1904) mit dem „gemäßigten" Parker versuchten, erlitten sie eine furchtbare Niederlage. Neuerdings ist bekannt geworden, daß die Gewerkschaften, die bisher geduldig im Dienste der beiden alten Parteien standen, selbständig vorgehen wollen. Eine Minorität unter den Gewerkschaften hat stets danach verlangt, aber die Majorität verhielt sich bisher streng ablehnend, und es ist fraglich, ob man sich diesmal entschließen wird, den bisherigen Standpunkt aufzugeben. Die Sozialisten treffen alle Vorbereitungen, um eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Wer der Bannerträger im Kampfe sein wird, ist dabei weniger wichtig. Die Hauptsache ist, wie die Propaganda für die Partei am besten gefördert werden kann. Zu keiner Zeit ist das politische Interesse reger als während der Präsidentenwahlen und diese Zeit hat unsere Partei stets gut auszunützen gewußt. Die letzte Wahl hat den Sozialisten über 400 000 Stimmen gebracht.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Montag**, den 17 Februar.

**Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde** ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

**Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.**

**Achtung Bäcker!** Die Gesellen der „Fahrenkruger Brotfabrik befinden sich im Streik; kein organisierter Bäcker darf dort Arbeit annehmen.

**Die Reichsverbändler,** d. h. jene Leute, welche von Max Lorenz und von der „Frankfurter Zeitung" so treffend gekennzeichnet worden sind — wir haben die bezüglichen Äußerungen am Donnerstag abgedruckt — hatten das Bedürfnis, sich am Sonnabend abend einmal zusammenzufinden

und sich von einem Stern erster Größe erzählen zu lassen, was sie denn eigentlich wollen. Viele waren allerdings nicht erschienen. Und es wurde ihnen kund getan, daß der Reichsverband nicht die Arbeiter bekämpft, die unter Ausnutzung ihres Koalitionsrechts auf Besserung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage bedacht sind, sondern daß er sich diesen gegenüber „wohlwollend" verhält. Eine solche Äußerung wurde natürlich mit lebhaftem Beifall aufgenommen, wie's nicht anders zu erwarten war, denn die wahren Freunde des Koalitionsrechts sind noch immer im Reichsverband zu finden gewesen. Sie maßregeln zwar ihre Arbeiter, wenn dieselben sich koalieren, sie sperren die Arbeiter aus, wenn dieselben ihre wirtschaftliche und damit kulturelle Lage verbessern wollen; auch sind sie bemüht, den Arbeiter dem Hunger zu überliefern, indem sie schwarze Listen ausgeben; sonst sind die Herren aber Freunde des Koalitionsrechts der Arbeiter und so; was hoffentlich niemand bezweifelt. Immer ehrlich, wenns auch schwer fällt, war bekanntlich stets die Devise des Reichsverbandes. Und es erhob sich Herr Willy Dahms, jetzt Geschäftsführer des vornehmen Amtsblattes, früher jedoch Vorstandsmitglied des hiesigen Zweigvereins des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, und schlug eine Resolution vor, die also lautet:

„In Ansehung der fortgesetzten Agitation der Sozialdemokratie in Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen hält die Versammlung die Begründung und den kraftvollen Ausbau einer Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Lübeck für zweckmäßig und dringend notwendig. Sie betrachtet die Ortsgruppe zugleich als eine wünschenswerte Ergänzung des vorhandenen vortrefflichen und vorbildlichen Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien in Lübeck. Angesichts der national-politischen Irrtümer der Sozialdemokratie hält es die Versammlung für wertvoll, wenn sich der Ortsgruppe alle vaterlandsliebenden deutschen Männer aus Lübeck und Umgegend unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen und konfessionellen Stellung in großer Zahl anschließen."

Wir vermissen in dieser sonst so vortrefflichen, besonders den hohen Wert der vereinigten bürgerlichen Parteien in unaufdringlich-vornehmer Weise hervorhebenden Resolution nur einen Passus, der vorsieht, daß die Drucksachen der Ortsgruppe im Adreßhause herzustellen sind; das würde u. E. nicht nur den Wert der „Entschließung" erhöht haben, sondern es würde auch nebenbei geeignet sein, den Idealismus einzelner Reichsverbändler in hellerem Glanze erstrahlen zu lassen. Wie wir erfahren, soll demnächst in einer öffentlichen Versammlung die Lübecker Sozialdemokratie offiziell vernichtet werden; zu diesem Zwecke wird einer der sehr gut bezahlten Agitatoren des Reichsverbandes (bitte über dieselben die von uns abgedruckten Ausführungen der „Frankf. Zeitung" nachlesen zu wollen. Red.) sich höchstselbst nach hier begeben. Der 27. Februar dürfte somit ein denkwürdiger Tag in den Annalen des politischen Lebens unserer Stadt werden. Die Proben zu dem Spektakelstück sind schon im Gange. Als politische Hausknechte sollen gewisse Freisinnige und Liberale bereits hervorragendes leisten; anscheinend liegt ihnen diese Rolle besonders gut.

**Verworfen** worden ist vom Oberlandesgericht in Hamburg die Revision des Bauarbeiters J., der seinerzeit vom hiesigen Landgericht zu 14 Tagen Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung des Offizierkorps verurteilt wurde, weil er einen mit ihm auf demselben Bau arbeitenden Maurer mit dessen Spitznamen Hans Brüsewitz angerufen hatte. Ein gerade des Weges kommender Leutnant hörte das Wort, bezog es auf sich und fühlte sich schleunigst beleidigt. Das merkwürdige Landgerichtsurteil, gefällt von der Hoppenstedt-Kammer, erregte weit über Lübecks Grenzen hinaus Aufsehen und Kopfschütteln. Man rechnete darauf, daß das Oberlandesgericht eine Korrektur bewirken würde. Das ist jedoch nicht geschehen. Das Vertrauen zur lübeckischen Rechtsprechung wird in Arbeiterkreisen zweifellos durch dieses Urteil gefestigt worden sein.

**Volksversammlung.** Die am vergangenen Sonnabend im „Neulauerhof" stattgefundene Volksversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Genosse Weyers referierte über das Thema: „Was hat die Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft geleistet", dabei an der Entwicklung unserer gesamten Sozialgesetzgebung schlüssig nachweisend, daß ohne die Sozialdemokratie von einem wirklichen Arbeiterschutz in Deutschland keine Rede sein könne. Alles, was die bürgerlichen Parteien der Arbeiterschaft an Schutzgesetzen bewilligt haben, sei nur dem immerwährenden Drängen der Sozialisten in den Parlamenten zu verdanken, was Redner an der Hand zahlreicher Zitate und Darlegungen bürgerlicher Parlamentarier und Gelehrten unter Beweis stellte. — In der Diskussion forderte Genosse Stelling in markanten Worten zum Studium unserer Parteipresse und Beitritt zur politischen Organisation auf; es gelte die Worte und Ausführungen des Referenten in Taten umzumünzen, damit wir künftighin allen Stürmen und Gefahren gegenüber desto besser gewappnet seien. Die Ausführungen beider Redner wurden beifällig aufgenommen. Mehrere Personen erklärten ihren Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein.

**Jahresbericht der Hafenarbeiter (Zentral), Mitgliedschaft Lübeck.** Im Jahre 1907 war die Arbeitsgelegenheit am Hafen eine gute zu nennen, denn der Schiffsverkehr war ein reger. Unsere Mitgliederzahl hat sich um 61 vermehrt. Am 1. Januar 1907 hatten wir 816 Mitglieder zu verzeichnen und am 1. Januar 1908 877 Mitglieder. Aufgenommen wurden 280 Kollegen, ausgetreten sind 209, gestorben 4 und zum Militär sind 6 einberufen. Unser Kassenbestand am 1. Januar 1907 betrug 609 Mk. 16 Pfg., der Kassenbestand am 1. Januar 1908 762 Mk. 25 Pfg. Die Gesamteinnahme für das Jahr 1907 war 21 785 Mk. 10 Pfg., die Gesamtausgabe dagegen 21 022 Mk. 85 Pfg. An größeren Ausgaben sind zu verzeichnen: An die Hauptkasse in bar abgesandt 12 857 Mk. 75 Pfg., an Sterbegeld 419 Mk. 05 Pfg., für Arbeitsversäumnisse 70 Mk. 30 Pfg., an Krankengeld 4147 Mark 50 Pfg., Lokalausgaben in Summa 3528 Mk. 25 Pfg. Das Krankengeld verteilt sich auf 220 kranke Mitglieder, welche zusammen 4914 Tage krank waren; das macht im Durchschnitt für jedes kranke Mitglied 22⅓ Tage und pro Tag eine Unterstützung von 84⅔ Pfg. An Sitzungen haben 34 stattgefunden, davon 11 Vorstandssitzungen und 23 mit Kommissionen oder anderen Vorständen. An Versammlungen wurden abgehalten 12 ordentliche und 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 2 Mitgliederversammlungen in Schwartau und 2 in Fackenburg. In 4 von den Mitgliederversammlungen wurde Referate gehalten. Ferner haben 3 öffentliche Hafenarbeiterversammlungen stattgefunden. An Sektionsversammlungen für die einzelnen Branchen wurden 11 für die Lastadie, 8 für die Kohlenarbeiter und 3 für die Flußschiffer abgehalten; außerdem noch 5 für die bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter und 14 Platzversammlungen für die auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter. In Summa 62 Versammlungen. Leider waren die Versammlungen im Verhältnis zur Mitgliederzahl schlecht besucht und müssen die Kollegen alles daran setzen, daß das besser wird. An Postsachen sind eingegangen 38 Briefe, 9 Karten, 7 Drucksachen. Ausgegangen sind 52 Briefe, 68 Karten. An Unfällen sind leider im Jahre 1907 wieder eine ganze Anzahl zu verzeichnen. Eingegangen sind 51 Unfallstatistikbogen, welche von der örtlichen Verwaltung ausgegeben werden; leider werden noch immer nicht alle Unfälle von den Kollegen gemeldet; so sind von einzelnen Plätzen gar keine Unfälle gemeldet, obwohl dort doch welche vorgekommen sind. Die Statistik muß eine einheitliche und vollständige werden, damit auch dementsprechend darauf hingearbeitet werden kann, daß hier endlich mal Abhilfe geschaffen wird. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Auf den Holzlagerplätzen ereigneten sich 33 Unfälle, davon einer tödlich, 13 schwere und 19 leichte; von den Kollegen am Hafen und auf den Kohlenlagern wurden 11 gemeldet, davon 4 schwere und 7 leichte Unfälle; in der Flußschiffahrt sind 2 gemeldet, davon 1 schwerer und 1 leichter; 5 Unfälle sind gemeldet, die Leute betrafen, welche nicht direkt in der Hafenbranche gearbeitet haben, sondern anderweitig in Arbeit standen. Es wird von den Arbeitern auf den Holzplätzen vielfach darüber geklagt, daß viele Unfälle durch schlechte Stellagen oder nicht sicheres Absteifen der Poste passieren. Die Kollegen müssen die Gleichgültigkeit endlich ablegen, und selbst darüber wachen, daß ihr Leben und Gesundheit bei der Arbeit geschützt ist und darauf aufmerksam machen, wo dieses nicht genügend der Fall ist. An Lohnbewegungen haben wir in der Mitgliedschaft im Jahre 1907 drei zu verzeichnen. Die bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter schlossen einen Tarif mit ihren Arbeitgebern ab, welcher bis zum 31. Dezember 1908 Gültigkeit hat. Im September beschlossen die Lastadiearbeiter, eine Lohnforderung an die Arbeitgeber zu stellen; letztere erklärten jedoch, sie wollten nur mit den eigenen Leuten verhandeln. Dieses ist denn auch geschehen. Von sämtlichen Plätzen wurden Kommissionen vorstellig und wurden 2 Pfg. pro Stunde zu bewilligt (sonst 39 jetzt 41 Pfg. pro Stunde) und für Überstunden 10 Pfg. Aufschlag. Am 1. Oktober kündigten die Kohlenarbeiter ihren Tarif, welcher am 31. Dezember 1907 abgelaufen war und schlossen wieder bis zum 31. Dezember 1909 einen Tarif mit den Kohlenfirmen ab. Auch ist durch Verhandlungen die Kontraktarbeit bei den Kohlenfirmen beseitigt worden. Es wird jetzt an den Kollegen liegen, dafür zu sorgen, daß sie das einmal Zugestandene auch behaupten und daher ist es notwendig, daß ein jeder, der im und am Hafen beschäftigt ist, auch seiner Gewerkschaft zugewiesen wird.

**Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer** für das Jahr 1907/08 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Februar d. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

**Neue Rechtsanwälte.** Der Senat hat die Referendare Dr. jur. Felix Hinrichsen und Dr. jur. Leo Landau auf ihr Ansuchen zur Rechtsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg, beim Landgericht der freien und Hansestadt Lübeck und des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstentums Lübeck, sowie beim Amtsgerichte hierselbst zugelassen.


**Arbeiter, Parteigenossen!**
**Erwerbt**
**das lübeckische Bürgerrecht!**


**Bevölkerungsbewegung im Monat Januar 1908.** Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.) Die Eheschließungen betrugen 51 gegen 45 im Vormonat (54 i. Jan. 1907), auf 1000 Einwohner berechnet 6,32 gegen 5,56 im Vormonat (6,79 im Jan. 1907 und 6,58 im zehnjährigen Janr.-Durchschnitt.) Lebendgeburten erfolgten 201 gegen 219 im Vormonat (241 Janr. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 24,91 gegen 27,04 i. V. (30,30 Janr. 07 und 30,16 im zehnjährigen Janr.-Durchschnitt). Totgeburten fanden 10 statt, im Vormonat 5 (5 Janr. 07.) Unehelich geboren wurden 19 Kinder geg. 20 i. V. (25 Jan. 07). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) belief sich auf 150 gegen 112 i. V. (170 Jan. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 18.59 gegen 13,83 i. V. (21,37 Jan. 07 und 18,38 i. zehnj. Jan.-Durchschnitt.) Einschließlich der Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 211 geg. 224 i. V. (246 Jan. 07), sämtlicher Sterbefälle 160 gegen 117 i. V. (175 Jan. 07) betragen. Der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen war hiernach 51 gegen 107 i. V. (71 Jan. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 6,32 gegen 13,21 i. V. (8,93 Jan. 07 und 12,75 im zehnjährigen Januar-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 31 gegen 29 i. V. (43 Jan. 07), über 70 Jahre alte Personen 43 gegen 20 i. V. Unter den Todesursachen sind zu erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 10 (gegen 8 i. V.), Altersschwäche 7 (6), Masern 1 (3), Diphtherie 0 (0), Keuchhusten 4 (2), Tuberkulose der Lungen 10 (15), Tuberkulose anderer Organe 3 (3), Lungenentzündung 22 (5), Krankheiten der Atmungsorgane 8 (6), Krankheiten der Kreislauforgane 23 (17), Gehirnschlag 1 (7), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 11 (7), Blinddarmentzündung 0, Krebs 7 (6), Verunglückung 2 (0). Selbstmord 0 (4).

**Im Hansa-Theater** nahm am gestrigen Sonntag vor vollbesetztem Hause ein neues Programm seinen Anfang. Man kann wohl, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, behaupten, daß sich die in diesem leider nur für 8 Tage geltenden Programm gebotenen Attraktionen würdig den Darbietungen erster großstädtischer Varietes an die Seite stellen können. Mit Grete Gallus als Gast hat die Direktion zweifellos einen guten Griff getan. Wenn auch die Dame gestern abend stimmlich nicht gut disponiert war, so bot sie doch als Soubrette sehr Gutes. Es ist eine Lust, ihren Vorträgen zu lauschen. Staunenerregend sind die Leistungen der Trapezkünstlerin Miß Victoria, die in schwindelnder Höhe auf ihrem Trapez eine Riesenfußwelle zur Ausführung bringt. Recht ansprechend sind die vier Bonheurs mit ihren Gesangs- und Tanz-Darstellungen. Ein Humorist wie er sein soll, ist James Basch. Er hat u. a. manche politischen Ereignisse der letzten Zeit, so den Peters-Prozeß, in sein Repertoir aufgenommen. Erwähnenswert sind auch die Excentriker Querida u. Tick, die durch ihre tollen Streiche selbst einen Hypochonder zum Lachen bringen. Die Damen Liscanda boten mit ihren dressierten Papageien und Affen wirklich Anerkennenswertes. Was Menschenkunst zu leisten vermag, zeigt Frosso, der „Geheimnisvolle". Man nimmt allgemein an, daß der auf der Bühne stehende und nachher im Publikum herumgetragene Körper nur eine Wachsfigur sei. Später aber zeigt sich, daß Frosso ein leibhaftiger Mensch ist. Als Jongleur bietet Acosta mit seinen Herkules-Spielen Großartiges. Mit seinem Nacken fängt er Kanonenkugeln und u. a. auch ein schweres Kanonenrohr auf. Den Schluß bilden, wie üblich, lebende Bilder, in denen auch jetzt wieder etwas Neues und Originelles geboten wird. Alles in allem: Wir können den Besuch des Hansa-Theaters während dieser Woche nur empfehlen.

**Stadttheater-Provisorium.** Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Der stärkste, nachhaltigste und durchschlagendste Erfolg dieser Saison ist „Panne" von Stowronnek, ein Lustspiel, welches Dienstag zum ersten Male in Lübeck zur Aufführung gelangt. Panne ist ein Automobilunfall, der einen Bombenerfolg nach sich zieht. Ein frischer Humor leitet von einer Station zur andern und eine warme behagliche Stimmung teilt sich den Zuschauern mit. In den Hauptrollen sind die Damen Metz, Hohlfeld, Seitz und die Herren Eichgrün, Fanger, Niemeier, Much und Gläßer beschäftigt. Direktor Piorkowski hat die Inszenierung selbst besorgt. Mittwoch wird zum Einheitspreise von 50 Pfg. „Kätchen von Heilbronn" letztmalig wiederholt.

---

**Niendorf i. Lüb.** Eine Volksversammlung für Männer und Frauen wird am Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Neckels stattfinden. Frau Dr. Schlomer-Lübeck wird über das Thema: „Was haben wir vom Blockreichstag zu erwarten?" sprechen. Zahlreicher Besuch der Einwohnerschaft von Niendorf und den umliegenden Orten ist erwünscht.

**Stockelsdorf.** Über die Prügelpädagogik — deren Verwerflichkeit wohl für jeden einsichtigen Menschen klar auf der Hand liegt — ist im Laufe der letzten Jahre schon viel geschrieben worden. Wenn auch im allgemeinen die Lehrer sich befleißigt haben, soviel wie möglich auf die Erziehung ihrer Schüler mittelst des Bakels zu verzichten, so ereignen sich heute doch hier und da noch Fälle von Prügelpädagogik, deren Aufdeckung und Kritik nicht nur im Interesse der Schüler, sondern der Allgemeinheit liegt. Heute müssen wir uns nun mit einem Fall beschäftigen, der sich in der Ravensbuscher Schule abgespielt hat. Der Knabe Karl Schulz, dessen Lehrer ein Herr Kähler ist, hatte am Donnerstagmorgen während des Unterrichts einen neben ihm sitzenden Knaben an der Backe gekitzelt. Da er also dem Unterricht nicht folgte, mußte eine Strafe etwa in Form eines Verweises oder Nachsitzens erfolgen. Der Lehrer, Herr Kähler, ließ jedoch den Knaben heraustreten, um ihn zu züchtigen. Als der Knabe sich nun nicht so tief bückte, wie der Lehrer es verlangte, schlug letzterer mit dem Stock in einer derartigen Weise auf ihn los, daß z. B. auf beiden Gesäßbacken große, blutunterlaufene Stellen entstanden. Durch eigene Inaugenscheinnahme überzeugten wir uns davon, daß hier zweifellos seitens des Herrn Kähler das Züchtigungsrecht arg überschritten war. Der hiesige Arzt, Herr Dr. Sievers, konstatierte in einem Attest, daß die Heilung dieser Wunden 14 Tage in Anspruch nehmen würde. Da der hiesige Lokalschulinspektor von der Sache unterrichtet ist, so erwarten wir eine eingehende Untersuchung, damit Herr Kähler sich für die Folgezeit etwas vorsieht.

**Ahrensbök.** Durch Großfeuer wurde in der Nacht zum Sonnabend das Wohnhaus, das Brauhaus, sowie die Stallgebäude und Schuppen des Bierbrauers Hoffmann zerstört. Das Feuer entstand dadurch, daß eine Petroleumlampe umfiel.

**Boizenburg.** Maurerstreik. Hier sind die Unternehmer kontraktbrüchig geworden. Am 7. Februar ist mit den Unternehmern verhandelt worden. Der Vorsitzende gab zu, daß sich die Unternehmer kontraktlich verpflichtet haben, vom 1. Januar 1908 ab pro Stunde 45 Pfg. Lohn zu zahlen, aber bei der augenblicklich schlechten Konjunktur seien auch 42 Pfg. ausreichend. Wenn sich die Konjunktur ändere, würden er und würden auch seine Kollegen den Lohn zahlen, der im Tarif festgelegt sei. Rechtlich könne man die Unternehmer nicht (?) fassen, und wenn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Mecklenburg nicht ausdrücklich erkläre, daß die Vertragsbestimmungen innegehalten werden müßten, wollen es die Unternehmer von Boizenburg ruhig auf einen längeren Kampf ankommen lassen. Nach dem Schreiben, das der Zweigvereinsvorstand von den Unternehmern erhalten hat, ist der Kontraktbruch auf den Beschluß der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes zurückzuführen. Wenn dies richtig ist, muß Treu und Glauben bei dem Arbeitgeberbund völlig geschwunden sein. Zuzug nach Boizenburg und Brahlstorf ist fernzuhalten.

**Geestemünde.** Großfeuer. Die Faßfabrik der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft ist gestern total niedergebrannt. Der Schaden beträgt rund 100 000 Mk.

---

## Theater und Musik.

**Stadttheater-Provisorium.** „Martha", Oper in vier Akten von Flotow. Obwohl der Geschmack des sog. modernen Opernpublikums an andere Genüsse gewöhnt ist, als an harmlose musikalische Marlittiaden, so erfreut man sich dennoch an den leichtflüssigen, wenn auch gerade nicht besonders charakteristischen Melodien Meister Flotows. Das war auch gestern abend wieder der Fall, trotzdem die Vorstellung etwas unter der überall grassierenden Influenza litt. Auch das Künstlerpersonal unserer Bühne — Solo und Chor — ist von dieser Krankheit nicht verschont geblieben. An Stelle des Frl. Neumann sang Frl. Biehler vom Stadttheater in Kiel die Titelpartie. Die Künstlerin fühlte sich anscheinend in ihrer neuen Umgebung nicht recht wohl; ihr Spiel war von einer gewissen Ängstlichkeit beeinflußt, von der auch ihre gesangliche Leistung nicht frei war. Was die Stimme des Gastes anlangt, so klingt dieselbe zwar nicht sehr voluminös, aber doch gut geschult. Das Publikum dankte Fr. Biehler für ihre Bereitwilligkeit, die Aufführung zu ermöglichen und für ihre unter den gegebenen Verhältnissen immerhin recht annehmbare Leistung durch lebhaften Beifall. Herr Mark, der den Lyonel sang, hat sich von seiner Indisposition noch immer nicht ganz wiedererholt; was er bot ließ jedoch erkennen, daß er im Vollbesitz seiner Stimme ein guter Lyonel ist. Humorvoll gaben Frl. Bonander (Nancy) und Herr Dornberger (Plumket) ihre Partien. Besondere Anerkennung verdient Herr Kapellmeister Moritz für die umsichtige und temperamentvolle Art, mit welcher er die Vorstellung leitete. Das Theater war stark besucht.

P. L.

---


Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lowigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



**Drucksachen** jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

**Carl Ruge**
**Marie Ruge**
geb. Thimm,
**Vermählte.**

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen danken herzlich. W. O.

---

Unserer **Milchen Benthien** zu ihrem 88. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, dat de ganze Reperstraat wackelt un dat Hus Nr. 25 up denn Kopp tu stahn kümmt.

---

**Zimmer zu vermieten** Segebergstraße 11, III.

---

Gesucht zum 1. April **eine freundl. Zweizimmerwohnung** von ordentl. Leuten mit 2 Kindern im Preise von 190—200 Mk.
Ang. u. **U S** an die Exped. d. Bl.

---

Ein **4rädiger Ziehwagen**, Tragkraft 2—3 Zentner, billig zu verkaufen.
Lützowstraße 21a.

---

**Gute Eßkartoffeln**
sind zu verkaufen Emilienstr. 7a.

---

**1 Fass Ia. Karbolineum**
billigst abzugeben.
**Bass, Kolk 4.**

---

**Eine Partie Ferkel**
hat zu verkaufen **H. Lange, Mori.**

---

**J. Koop, Schuhmacher,** Arnimstraße 11b
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten unter Zusicherung reeller und guter Bedienung.

---

**Gebrüder Barg,** Kohlmarkt 5
empfehlen:
**Bettfedern und Daunen**
in nur tadelloser Ware.
Großes Lager in fertig genähten
**Bett-Inletts**
sodaß das Füllen von Betten stets gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche
**Aussteuer-Artikel**
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken oder 4 pCt. in bar.

---

**Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.**
**Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.**
1 Jahr Garantie.
**Ernst Gentzen,** Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Häxtstraße
Gebe rote Rabattmarken.

---

**Adolf Hübner,** Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

---

**Karl Obst, Am Brink 11b.**
Reelle und billige Schuhreparatur-Werkstatt.

---

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag, 18. Febr.,
abends 8½ Uhr,
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.**

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radden: Die heutige wirtschaftliche Lage und die ungelernten Arbeiter.
3. Ausflug.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
**Die Ortsverwaltung.**

---

**Sterbekasse der Maurer.**

**Ordentl. General-Versammlung**
am Montag, den 17. Febr. 1908,
abends 8 Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.**
Tages-Ordnung:
Abrechnung. — Wahl. — Verschiedenes.
**Der Vorstand.**

---

**Jack's Familien-Musik-Instrumente**
Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern, Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.
Verkauf zu Original Fabrikpreisen.
**Musikhaus Jack, Königstrasse 96.**

---

**Ohne Frage**
wird jede Hausfrau bei den jetzigen teuren Butterpreisen nach einem **billigeren** und dennoch **wohlschmeckenden** Ersatz suchen.

Ich empfehle zum Aufstreichen auf Brot:
**Pflaumenmus** Pfd. **20** Pfg. **Marmelade** in Eimern u. lose Pfd. **25** Pfg.
**Fruchtsirup** mit Sukkadegeschmack, sehr beliebt Pfd. **25** Pfg.
**Kunsthonig** in Packungen und lose, Pfd. **30** u. **35** Pfg. **Margarine** Ko. 1.35, 1.25, **1**15 M.
Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

---

**Achtung! Achtung!**

**Streik in der Fahrenkruger Brotfabrik!**

**Sämtliche Brothändler Lübecks, welche Fahrenkruger Brot führen, werden zum Dienstag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, zu einer Besprechung im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52, eingeladen.**

**Der Vorstand**
**des Verbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands.**
**(Zahlstelle Lübeck.)**

---

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**
**Verwaltungsstelle Lübeck.**

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr,
**im „Neu-Lauerhof" (Burgtor).**
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreichem Besuch der Versammlung sieht entgegen
**Die Ortsverwaltung.**

---

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Feiheit"**
**Schwartau.**

**Einladung zum**
**Maskenball**
**verbunden mit Kappenfest**
am Sonntag, den 19. Januar 1908, im Lokale des Herrn J. Piquardt
(Hotel Kronprinz).
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 10 Uhr. Gr. Geheimnis 11 Uhr
**Großartige Aufführungen der maskierten Radfahrer.**
Eintritt Herren **1.00** Mk., eine Dame frei. Einzelne Dame **50** Pf., wofür Garderobe.
Maskierte Herren **60** Pf., maskierte Damen **40** Pf.
**Kappen sind im Lokal zu haben.**
Vorverkauf der Karten bei **H. Rehm**, Kl. Mühlenstraße, **Aug. Kuschereit**, Rensefeld, **E. Busch**, Rantzau-Allee 5 und **Herm. Bornholdt**, Kaltenhof.

---

**Die Neue Zeit**
**Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.**
Redigiert von **Karl Kautsky.**

**Die Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

**Die Neue Zeit** darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

---

Man abonniert jederzeit auf das
**schönste und billigste Familien-Witzblatt**

**Meggendorfer-Blätter**
München ❊ ❊ Zeitschrift für Humor und Kunst
❊ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ❊

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

**Kein Besucher der Stadt München**
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

---

**Die Gleichheit**
**Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.**
Redigiert von **Klara Zetkin.**
Mit den Beilagen: **Für unsere Mütter und Hausfrauen. Für unsere Kinder.**
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfg oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

---

**Metropol-Theater**
**Lübeck, Ecke Breite- u. Hüxstraße.**
Vornehmstes Etablissement singender, sprechender u. lebender Photographien.
Täglich
**Grosses Konzert**
der Moosbacher Bauern-Kapelle.
**Diese Woche:**
**Sklavenhass,** hochinteressant.
**Durchgehendes Pferd,**
Sensationell.
**Der kleine Schiffsjunge,**
Entzückende Episode.
**Schattenseiten der Ehe,**
Äusserst humoristisch.
**Eine Unbesonnenheit,**
Hochkomisch.
**Negergesang,** urkom. Tonbild.
**Lustiges Sängerquartett,**
Humoristisches Tonbild,
**u. das grosse Programm.**

---

**Zentral-Verband der Fleischer**
und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)

**Extra-Mitgliederversammlung**
am Mittwoch, 19. Febr.
bei **Eggers**, Stavenstraße 33.
Tages-Ordnung:
**Unsere Verschmelzung.**
Um zahlreiches Erscheinen bittet
**Der Vorstand.**

---

**Stadt-Theater.**
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Dienstag, den 18. Februar. 8 Uhr.
101. Abonn.-Vorstell. 21. Dienst.-Abonn.
Der größte Novitätenerfolg
à la Husarenfieber.
**Panne.**
Lustspiel in 3 Akten von Skowronnek.
Mittwoch: **Jeder Platz 50 Pfg.**
**Das Käthchen von Heilbronn.**

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 40. Montag, den 17. Februar 1908. 15. Jahrg.

## Deutsches Familienblatt „Daheim".

Wie verschiedene andere Familienblätter hat sich auch das „Daheim" zur Ergänzung seines meist langweiligen Inhalts ein sogenanntes „aktuelles" Beiblatt zugelegt, in dem unter dem Titel „Aus der Zeit — für die Zeit" über Vorgänge der jüngsten Vergangenheit berichtet wird, natürlich in einer Weise, die einfach haarig ist.

In der am 1. Februar ausgegebenen Nr. 18 behandelt das Blatt nach seiner Art auch die Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin. Der Verfasser schildert zunächst die Vorgänge des 12. Januar in folgendem Feuilletonstil:

„Brennende Schmach hat man euch angetan und die Ehre des preußischen Volkes mit Füßen getreten!" So hieß es in einem der sozialdemokratischen Flugblätter, die am Sonntag, den 12. Januar, die Arbeiterbevölkerung Berlins zu Massenversammlungen zusammenriefen. Viele Tausende folgten dem Ruf. Wer von ihnen nicht Abonnent des „Vorwärts" oder ständiger Besucher der Agitationsversammlungen der roten Partei war, konnte zunächst kaum ahnen, worin die brennende Schmach bestände. Er erfuhr es in einer von den 22 Versammlungen, die in Berlin und seinen Vororten stattfanden, lärmenden Agitationsversammlungen, worin die sozialdemokratischen Führer — zumeist Reichstagsabgeordnete — über das Thema sprachen: „Der Wahlrechtskampf in Preußen und die Antwort der Regierenden." Die Teilnehmer an den Versammlungen veranstalteten im Anschluß daran wohlorganisierte Umzüge durch die Stadt, in der unverkennbaren Absicht, vor dem Schloß zu demonstrieren. Aber die Polizei war rechtzeitig auf dem Posten, um die Rotten der Ruhestörer auseinanderzutreiben. Gegen besonders aufsässige Personen — meist waren dies junge Burschen unter zwanzig Jahren — mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden."

Dann erzählt das patriotische Menschenkind mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit, daß auch am Sonntag, den 19. Januar, die Sozialdemokratie ähnliche Straßendemonstrationen veranstaltet habe, die jedoch noch zu weit ernsteren Szenen geführt hätten:

Ähnliche, noch ernstere Szenen wiederholten sich am Sonntag darauf, den 19. Januar, nachdem um 12 Uhr an verschiedenen Stellen der Weichbildgrenze „Arbeitslosenversammlungen" stattgefunden hatten. Diesmal kam es zu noch heftigeren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, so daß eine ganze Anzahl von Zivilpersonen und Schutzleuten wegen teilweise erheblicher Verwundungen ärztlichen Beistand nachsuchen mußten. An beiden Tagen war aus den Reihen der Demonstranten ein Revolverschuß gefallen.

Wer auch nur einige der Züge gesehen hat, die sich am Sonntag, den 19. Januar, das Vergnügen machten, sich zu Herren aller Straßen aufzuspielen, den Verkehr zu behindern und Händel mit der Polizei herauszufordern, wird sich über die Zusammensetzung der Demonstranten klar sein. Die Führer und Hauptschreier waren unreife Burschen, Radaubrüder, mit den frechen Gesichtern von Zuhältern und ähnlichem Gesindel. In den Trupps befand sich nur ein kleiner Bruchteil jener ernsten, sonst ruhigen, im ganzen bescheidenen Arbeiterbevölkerung, die der Berliner Privatmann kennt.

Darauf erzählt der Verfasser ausführlich von seinen eigenen Beobachtungen an den „beiden roten Sonntagen", das heißt am 12. und 19. Januar, von der Stupidität der Demonstranten, ihrem Gelärm, ihrem jugendlichen Aussehen und fährt dann fort:

Gegen dieses Gesindel, und es war an beiden Sonntagen ganz genau dasselbe, ist von der blanken Waffe Gebrauch gemacht worden. Am einen Sonntag ruft das Flugblatt diesem von der Polizei zersprengten Mob zu: „Brennende Schmach hat man Euch angetan — die Frage des gleichen Wahlrechts in Preußen ist zur Kardinalfrage unserer ganzen Politik geworden — Kampfestagen gehen wir entgegen — wer Kampf will, komme zu uns, zu der völkerbefreienden Sozialdemokratie!" Am anderen Sonntag veröffentlicht der „Vorwärts" einen Fanfarenartikel unter der Überschrift: „Säbelhieb statt Brot!"

Wir haben nicht die Absicht, die Schimpfereien des ehrsamen „Deutschen Familienblattes" zu beleuchten, noch aus Berichten der nicht auf der geistigen Höhe des „Daheim" stehenden bürgerlichen Blätter nachzuweisen, daß die Angaben des ehrenwerten „Daheim"-Berichterstatters nicht stimmen; wir wollen nur nachweisen, daß der edle Menschensprößling das, was er als eigene Beobachtungen schildert, gar nicht beobachtet, sondern nach der Methode einer bestimmten Sorte sogenannter Schriftsteller gedankenlos aus reaktionären Tagesblättern zusammengekleistert hat, oder aber, daß sein Erinnerungs- oder Auffassungsvermögen durch patriotische Neurasthenie dermaßen geschwächt ist, daß er in ein Sanatorium gehört. Der Beweis ist sehr leicht erbracht:

Der Verfasser erzählt, daß am 12. und 19. Januar große Straßendemonstrationen stattgefunden haben. Bekanntlich aber haben nur am 12. Januar Straßendemonstrationen stattgefunden, nicht am 19. Januar. Wenn demnach der „Daheim"-Berichterstatter von zwei aufeinanderfolgenden roten Sonntagen spricht, wenn er die Szenen und das demonstrierende „Gesindel" beider Tage mit einander vergleicht und in allen Einzelheiten die Vorfälle beschreibt, die er am Sonntag, den 19. Januar, beobachtet haben will, so muß entweder angenommen werden, daß der ehrenwerte schriftstellernde Herr an Halluzinationen leidet, also geistig defekt ist, oder aber, daß er sich einfach das sogenannte Material zu seinem Bericht aus Notizen der Tagespresse zusammenholt und dabei infolge seiner mangelhaften geistigen Qualifikationen die Daten und Vorfälle verwechselt hat. Wir möchten nach dem ganzen Zuschnitt des Berichts das letzte als das wahrscheinlichere annehmen, sintemalen der Verfasser nicht nur Straßendemonstrationen zu einer Zeit beobachtet haben will, wo gar keine stattgefunden haben, sondern sein Artikel auch sonst allerlei komische Verwechselungen enthält, so ist z. B. der Artikel des „Vorwärts" „Säbelhiebe (nicht — hieb) statt Brot" nicht am Sonntag, den 19. Januar erschienen, sondern am Mittwoch, den 22. Januar, und nicht vor den Arbeitslosenversammlungen, sondern am Tage nach denselben.

Der Bericht des „Daheim" ist ein typisches Beispiel dafür, wie die wahrheitsgetreuen, auf angeblich eigener Beobachtung beruhenden Berichte der frommen konservativen Blätter zustande kommen und was sie wert sind — nur läßt sich die frivole verlogene Mache nicht immer so genau nachweisen, wie in diesem Falle.

Unsere Leser ersehen hieraus, was sie von den Artikeln im „Daheim" zu halten haben. Auch in Lübeck und im Fürstentum Lübeck findet man dieses Familienblatt noch in Arbeiterwohnungen vor. Mögen die bisherigen Leser aus vorstehendem die Lehre ziehen und dem Familienblatt „Daheim" den Laufpaß geben.

---

## Das Memeler Denkmal.*)

Von Ludwig Thoma.

Im Lärm des Hardenprozesses ist die Aufmerksamkeit von einer anderen Prozedur abgelenkt worden, die viel größere Beachtung verdient als der süße Tütüskandal. Zu Königsberg in Preußen wurde am 4. Januar der Schriftsteller Marckwald wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Memeler Denkmalausschusses zu eineinviertel Jahren Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil — in jedem Kulturstaat unmöglich, in Rußland vielleicht denkbar — ist im heutigen Preußen ein typisches Beispiel.

Und ein sehr lehrreiches.

Es weist uns Süddeutschen die Notwendigkeit, auf der Hut zu sein, die Kultur unserer Rechtspflege vor Preußen zu schützen und scharfe Wacht zu halten gegen die sich ständig wiederholenden Angriffe auf unsere Preßfreiheit. Die Zeit mag bald kommen, da alle süddeutschen Regierungen, alle Volksvertreter ohne Unterschied der Parteien unsere intakte Rechtspflege zu schützen haben werden. Das erste Erfordernis ist absolutes Mißtrauen gegen jede Anbiederung der preußischen Regierung.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, welche lächerliche Komödie die versprochene Milderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen bedeutet.

Man kann es nur bedauern, wenn das demokratische Süddeutschland diesen Entwurf dem Staatssekretär nicht vor die Füße wirft, und nicht rund und nett ausspricht, daß unsere Gesinnungen wie unsere Institutionen uns solche Gnadenbeweise verachten lassen.

Den Zaghaften, welchen die Anhänglichkeit ans Deutsche Reich immer noch den Blick für die Notwendigkeiten eines Kulturstaates trübt, wollen wir diesen Prozeß Marckwald vor Augen führen.

Am 23. September 1907 wurde in Memel ein Denkmal für die Königin Luise enthüllt.

Hundert Jahre nach dem erbärmlichsten Zusammenbruch, den die europäische Staatengeschichte kennt, fühlte man in Preußen das Bedürfnis, wie allem und jedem, so auch den jenenser Erfahrungen ein Denkmal zu errichten. Natürlich wollte man nicht einen von den vielen kapitulationsfreudigen Generalen verewigen. Man wählte die Idealfigur der Königin Luise, deren Bedeutung in der absoluten Bedeutungslosigkeit ihres Herrn Gemahls bestand.

Es wird erlaubt sein, über die verstorbene Königin so und so zu denken.

Ihre Eigenschaften als Gattin und Mutter waren sehr gute.

Sie interessieren uns aber nicht; ja, sie interessieren auch ihre Zeit nicht. Denn was gehen diese familiären Tugenden den Dritten an? Tugenden, welche sie mit einigen hunderttausenden Frauen teilte? Bemerkenswert ist nur die Rolle, welche die Königin in öffentlichen Angelegenheiten gespielt hat.

An der Seite eines klugen, tatkräftigen Mannes wäre sie nie hervorgetreten, denn sie hatte kein großes Licht auf den Scheffel zu stellen.

Nun fand sich aber sie für sie die Möglichkeit, nach außen zu wirken, und es fand sich die Gelegenheit.

Die Möglichkeit war Friedrich Wilhelm III. und die Gelegenheit war der groteske Zusammenbruch eines verfaulten Staatswesens.

Vor 1806 ist von einer Wirksamkeit der Königin Luise wenig zu hören.

Entweder sah sie die Dinge nicht, welche um sie herum geschahen, und welche den Bau des großen Friedrich so vollständig unterwühlten, oder sie ließ sie geschehen.

Sie nahm mit dem Herrn Gemahl vergnügt das Geschenk an, welches ihnen das „korsische Ungeheuer" mit Hannover machte, empörte sich dabei wohl ein bißchen, wie der Emporkömmling mit den allerbesten Familien umsprang, vertraute aber sonst auf den lieben russischen Vetter, der am

*) Der Zeitschrift „März", Verlag von Albert Langen-München, entnommen.

---

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(25. Fortsetzung.)

„Majestät", sagte Lord Halifax kalt, „es ist immer weise, Beleidigungen zu vergeben, die man nicht bestrafen kann. — Vergebung und Versöhnung zu bringen in den Kampf wild streitender Parteien ist das edelste Vorrecht der Fürsten. Je weniger aber diese selbst sich frei von Schuld sprechen können, um so mehr sollten sie ihre Gegner durch eine aufrichtige Amnestie von Schuld und Strafe zu befreien suchen und damit Feinde in Freunde verwandeln."

„Ich habe noch nie von einer Amnestie Dank geerntet", erwiderte der König finster.

„Eure Majestät dürfen aber darauf rechnen, wenn die Regierung aufhört, verfolgungssüchtig zu sein, versetzte der Lord. „Wenn Rechte und Gesetze gesichert werden, wenn das Volk erkennt, daß seine Freiheiten und seine Religion unangetastet bleiben, wenn man nicht mehr skandalöse Prozesse beginnt, und würdige, ehrenhafte Männer" — fügte er mit einem finsteren Blicke auf Jeffreys hinzu — „an der Spitze der Justiz stehen und in des Königs Rate sitzen."

„Wenn Ew. Majestät," fuhr der Lord nach einer Pause fort, da Jakob keine Antwort gab, „trotz dessen, was vorgegangen ist, noch eine Hoffnung auf Sicherheit durch die Waffen hat, so mag es sein, wenn nicht, so kann der Thron allein nur durch den Wiedergewinn der Volksliebe gerettet werden."

Alle schwiegen. Des Königs Auge irrte forschend durch die Gesichter, er las sein Schicksal darin; von Liebe und wahrer Anhänglichkeit keine Spur.

Von diesem Augenblick an wurden seine Widersprüche schwächer, und nach und nach bewilligte er alles. Ein Parlament, das rasch berufen werden sollte; eine Kommission, an deren Spitze Lord Halifax stand, um mit dem Prinzen von Oranien zu unterhandeln; eine Amnestie und große Opfer, um zu Frieden und Ruhe zu gelangen. Er sagte es zu, mit dem König von Frankreich ganz und für immer zu brechen, und sagte selbst Ja zu der Forderung, daß sofort alle Papisten aus dem Staatsdienst verschwinden sollten und der katholische Kommandant des Towers durch einen bisher gefangenen Offizier ersetzt werde.

Die Bischöfe und Lords entfernten sich voller Triumph über den errungenen Sieg.

Endlich war Jakob allein, und mit großen Schritten begann er auf und ab zu gehen. Sein düstres Auge drückte Scham und Zorn aus, seine Lippen öffneten sich zu einem hastigen Gemurmel verworrener Worte, seine Arme kreuzten sich über seiner Brust, aus welcher sich tiefe Seufzer hervorrangen.

In diesem Augenblick führte Petre den Gesandten Barillon durch die geheime Tür herein. Der Jesuit intriguierte nicht mehr gegen den Franzosen, er sah wohl, daß dieser allein noch helfen konnte.

„Majestät," sagte Barillon hastig, „darf ich glauben, was man durch die Gassen Londons ruft? — Hat das Recht des Königs vor den sogenannten Rechten des Volkes sich gebeugt? Sire, ist es wahr, daß Sie unterhandeln und — was dasselbe ist — nach dem Willen des Parlaments künftig regieren wollen?"

Jakob blieb stehen, und mit heiserer leiser Stimme erwiderte er: „Seid sicher, nichts, nicht ein Atom sollen sie haben! — Diese Unterhandlung ist eine bloße Finte. — Ich mußte die Kommission zugeben und alles zugeben, um Zeit zu gewinnen, mein Weib und mein Kind zu retten. Ihr wißt, wie meine Truppen gesinnt sind. Nur die Irländer stehen zu mir, und diese sind nicht stark genug, um zu widerstehen. — Fort mit dem Parlament! es würde mir vorschreiben, was ich tun soll, es würde sich zwischen mein Recht und Gott drängen. Ich würde gezwungen sein, alles aufzuheben, was ich getan habe, um mit Eurem König zu brechen."

„Sire," sagte Barillon, „kann Geld helfen, ich habe große Summen vorrätig. Gewiß aber steht die ganze Macht meines Herrn zu Ew. Majestät Gebot, um die Revolution zu bändigen."

„Geld," erwiderte der König, „hilft jetzt nichts mehr. Sobald ich aber die Königin und mein Kind in Sicherheit weiß, werde ich England verlassen und dann, Barillon, bei Eurem Herrn Geld und Bajonette suchen, um von Irland und Schottland aus diesen meuterischen Pöbel zur Ordnung zu bringen."

„Im Namen meines gnädigen und großen Souveräns", sagte der Gesandte, „kann ich Ew. Majestät alles zugestehen, was nötig ist, um Ihre Macht fest zu begründen. Mein Herr, der König, kann es nicht dulden, daß die sogenannte Volksfreiheit den Thron seines erhabenen Verbündeten umstürzt und allen Völkern gefährliche Lehren und Grundsätze vor Augen führt, deren Beispiel früher oder später zur Nachfolge reizen muß."

„Die Könige sind geboren, um zu herrschen", sagte Petre, „die Völker, um zu gehorchen. Wehe denen, die dies mißachten! Der Ruhm und die Größe der Fürsten ist die Größe Gottes und seiner heiligen Kirche. Beide sind unzertrennlich. Wahrer Glaube und christliche Demut können nur da wohnen, wo die Völker denen gehorchen, die von Gott zu seinen Statthaltern bestimmt wurden."

„Schafft mir die Mittel, die Königin und den Prinzen von Wales sicher nach Frankreich zu bringen", sagte Jakob, „dann bin ich frei von Besorgnis."

„Ich habe mit Pater Petre darüber gesprochen", erwiderte Barillon, „und bin bereit, alle Sorge dafür zu übernehmen, um den Prinzen von Wales und seine erhabene Mutter sicher nach Frankreich zu schaffen. Ich empfehle Ew. Majestät zur Ausführung dieses wichtigen Auftrages den Grafen Lauzun."

„Ich nehme es an", rief der König. „Mein Sohn in Frankreich! Wo wir uns befinden, ist England. Alle treue Herzen werden uns folgen, und an der Spitze eines französisch-englischen Heeres wird der Prinz von Wales in das Reich seiner Väter einziehen!"

---

An demselben Tage, wo Lord Halifax und seine Gefährten mit Hungerford zum Prinzen von Oranien gesandt wurden, kam ein Wagen vom Süden her, der über die Londonbrücke in das Innere der Stadt fahren wollte. Es war ein schweres, großes Fuhrwerk, das nur von zwei Pferden gezogen ward, die, mit dem Schmutz der aufgeweichten Landstraße bedeckt, das ziemlich ärmliche Bild eines reisenden Mietwagens vollkommen machten. Die Fenster waren zugezogen und die Vorhänge darüber gebreitet. Auf dem Bock saß der Kutscher, weißköpfig mit rotem Angesicht, der seine Peitsche knallen ließ und zur Vorsicht aufmunterte, denn die Straßen waren dicht mit Menschen angefüllt, und in der Ferne ließ sich ein wütendes, wildes Geheul hören.

„Was gibts denn da, Thoms", fragte eine tiefe Stimme durch ein kleines, ein wenig geöffnetes Fenster hinter dem Bock.

Sarge Friedrichs Theater gespielt hatte, und vertraute auf die unüberwindliche Armee Preußens. Dabei drückte sie wie ihr Herr Gemahl die Augen zu, wenn die Soldaten viehisch mißhandelt wurden, oder wenn die Herren Gardeoffiziere das bürgerliche Pack anflegelten.

Anno sechs begann sie eine Rolle zu spielen. Eine wenig reizvolle.

Sie protegierte die Kriegspartei am Hofe und gehörte zu den Zuversichtlichen, welche von der friederizianischen Armee Wunderdinge erwarteten.

Als die Gardeoffiziere ihre Säbel vor der französischen Gesandtschaft wetzten, fanden sie für ihr mutvolles Verhalten vermutlich auch bei ihrer Königin ein gütiges Lächeln.

Man weiß, daß Napoleon sich in einem Bulletin ziemlich wegwerfend „über die preußische Amazone" geäußert hat.

In den Schulbüchern steht, daß er die alte Königin beleidigt habe.

Doch hat er nur einem Gefühle Ausdruck verliehen, welches zwei Menschenalter später so heftige Angriffe gegen die Kaiserin Eugenie hervorrief.

Dem Gefühle, daß Frauen nicht kriegerisch sein sollen.

Nach Jena begann die Leidenszeit, welche uns in vielen Bildern und langweiligen Anekdoten geschildert worden ist.

Langweilig für jeden, der die Leiden eines tüchtigen Volkes ernster nimmt als familiäre Rührseligkeiten.

Überdies fand Friedrich Wilhelm III. in den herzergreifenden Zuständen seines Memeler Aufenthalts noch immer Gelegenheit, seine kleinliche Natur auszuleben und die großen Retter seines Volkes mit mißtrauischen Quengeleien zu verärgern.

Wenn es der königlichen Familie damals auch nicht allzu gut ging, so hatte sie es immer noch besser als die Mehrheit ihrer Untertanen **vor** Jena.

Und besser, als die Retter Preußen **nach** Leipzig und Waterloo.

Es gibt wohl verschiedene Arten, geschichtliche Begebenheiten zu beurteilen, obwohl Tatsachen eine zwingende Logik besitzen sollen.

Eine Art ist die kindische.

Sie besteht darin, über Schuld und Vergeltung hinweg große Ereignisse als Rührstücke zu behandeln.

Die fortgesetzte Geschichtsfälschung hat aus dem Zusammenbruche des preußischen Staates eine larmoyante Hohenzollerntragödie gemacht.

Eine ihrer wirksamsten Szenen ist die berühmte Tilsiter Begegnung. Königin Luise als Bittstellerin vor Napoleon.

Für sich ist die Szene nicht von ergreifender Traurigkeit.

Der Sprung vom hochtrabenden und unbegründeten Stolz in die Stimmung, welche ein Gnadengesuch bedingt, ist unsympathisch; die Stellvertretung des Mannes, der überdies König war, in einer solchen Situation, ist beschämend.

Die Vorstellung, daß von der Rührung eines Napoleon irgend etwas zu erreichen war, ist nicht überwältigend.

Die Hilflosigkeit des Staates konnte vor der Welt nicht stärker bloßgelegt werden, als durch diesen Versuch der Königin, der obendrein aussichtslos war.

So bedeutet nur den Kindlichen, welche das Volk als Familie und den König als Papa betrachten, jene Tilsiter Begegnung das Schmerzlichste in Deutschlands Erniedrigung.

Wer über das Höfische und Persönliche wegsieht, kann zu der hartherzigen Meinung kommen, daß die Königin wie ihren Mann, so auch das System verrat, welches mit Fug und Recht zerschlagen worden war.

Zum Glück für Preußen lebten in Memel neben dem Königspaar einige Männer, welche diese Wahrheit begriffen und den Staat von innen heraus kurierten.

Die volkstümliche Historie erzählt wenig oder nichts über die Stellung, welche Königin Luise zu den Reformen Steins und Hardenbergs einnahm.

Ein wahrheitsgetreuer Bericht würde kaum auf die Tränendrüsen der hingebendsten Untertanen wirken.

Die Königin wollte sich nicht in die Lage finden, welche die Verarmung des Landes geschaffen hatte.

Die blutigen Notgroschen, welche für allernotwendigste Hilfeleistungen bestimmt waren, wollte sie zu einer Reise nach Petersburg verwenden, und als Stein das Ansinnen entrüstet zurückwies, setzte sie die Entlassung des unbequemen Ministers durch. Seine Kämpfe sind wie die Leiden Hardenbergs unendlich größer und wichtiger als die Familienschmerzen, welche in Memeler Königszimmern ausgeweint wurden.

Viele Jahre später hat Hardenberg einmal bitter gesagt, der Mut, den er gegen Verdächtigungen und Intrigen beweisen mußte, stünde vielleicht höher als der Mut, den man zum Erstürmen einer Batterie aufwenden müsse. Alexander von Humboldt aber sagte von der Königin Luise, sie sei „selbstsüchtig, verschlagen und versteckt". Man hat allen Grund, patriarchalische Lüge zu zerstören.

Legenden sind schädlich, auch wenn sie mit dem Beiworte „fromm" herausgeputzt zu werden pflegen. Sie machen die Lehren der Geschichte unwirksam.

Wer daran zweifelt, mag die Rede nachlesen, welche Wilhelm II. bei der Enthüllung des Memeler Denkmals gehalten hat.

Er versicherte der aufhorchenden Festversammlung, daß nur Mangel an Frömmigkeit die Niederlagen von 1806 und 1807 herbeigeführt habe.

Es wäre recht bedauerlich, wenn diese Auffassung preußisches Gemeingut würde, denn sie könnte zur Wiederkehr der schädlichen Zustände von damals führen.

An Frömmigkeit, falscher und echter, hat es nicht gefehlt.

Aber ein Staat, in dem jede freiheitliche Regung erstickt wurde, in dem alle guten Kräfte einigen Privilegierten zuliebe lahm gelegt waren, mußte der Stoßkraft des jugendlichen Frankreichs erliegen.

Stein und Hardenberg hatten ihrem Volke besseres zu geben als Frömmigkeit.

Freilich wurden ihre Namen bei der Memeler Enthüllungsfeier verschwiegen. Dafür mußte der Familientradition zuliebe ein Friedrich Wilhelm III. als Gesundbeter figurieren.

Vor der Geschichte ist dieser König, der für das simple Gefühl des Dankes zu klein war, abgetan. Der Mann, der nach Waterloo **Arndt** absetzte, **Jahn** einsperrte, **Schleiermacher** überwachen ließ, der **York** zeitlebens wegen des Tauroggener Vertrages grollte, der einem **Gneisenau** mißtraute und nach den schmachvollen Karlsbader Beschlüssen die Jugend seines Landes in Ketten warf, der Mann, der in der Not eine Verfassung versprach und im Glück sein Wort zurückzog, ist abgetan.

Die Anklageschrift der Geschichte wird durch die Tränen der Königin Luise nicht verwaschen, und ihre laute Mahnung geht im Lärm einer Enthüllungsfeier nicht unter. Man sollte meinen, daß das Preußen von heute stark genug ist, um die Wahrheit über sein Unglück von 1807 zu ertragen.

In der Tat haben sich **vor** der allerglorreichsten Entwicklung Preußens verschiedene Historiker freimütig äußern dürfen.

**Nach** dieser glücklichen Periode ist es anders, und nach 1888 ist es noch schlimmer geworden. Heute haben Liebediener das Wort.

Das Häßlichste ist, daß die Wahrheit nicht autokratisch plump unterdrückt wird, sondern daß man unter Wahrung der äußerlichen Formen des Rechts illoyale Offenheit und Gesinnung bestraft.

Der Artikel der „Königsberger Volksztg." vom 21. Sept. 1907 brachte nur geschichtliche Reminiszenzen, welche **unanfechtbar** sind. Dabei waren beschimpfende Worte vermieden, die Äußerung Humboldts war mit Quellenangabe zitiert.

Aber Marckwald hieß die Memeler Denkmalsenthüllung eine Tragikomödie und sprach von der „Schandsäule" von Memel.

Diese Bezeichnung ist nicht in schmähendem Sinne gemeint, denn das Monument stellt eine zerbrochene Schandsäule dar, und jedes konservative Blatt hatte den gleichen Ausdruck bei untertänigster Schilderung des Kunsterzeugnisses gebraucht.

Nun erhob man Anklage nicht etwa wegen Verleumdung der in Gott ruhenden Königin Luise oder des ebendaselbst befindlichen Königs Friedrich Wilhelm III., sondern man fand eine aussichtsreichere Unterlage.

**Man sagte: wenn ein Denkmal beleidigt wird, welches der Kaiser enthüllt, so ist damit der Kaiser beleidigt.**

Logisch ist das nicht. Aber logisch muß es auch nicht sein.

Also wurde das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet und sinngemäß zu Ende geführt.

Das Ende war eine Gefängnisstrafe von **fünfviertel Jahren** für den Verfasser des Artikels.

Dieses Urteil erging ein Jahr nach jenem hochherzigen Erlaße, welcher die Milderung im Majestätsbeleidigungsverfahren zusicherte.

Wir Süddeutschen betrachten diese Hochherzigkeiten und Gerechtigkeiten aus der Vogelperspektive.

# Deutscher Reichstag.

**Originalbericht des „Lübecker Volksbote".**

**Berlin**, den 15. Februar 1908.

102. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: **Kraetke**.

Die zweite Lesung des **Postetats** wird **fortgesetzt**.

**Lattmann** (WVgg.): Der Staatssekretär hat darin völlig Recht, daß ein Beamter niemals Sozialdemokrat sein darf. (Beifall b. d. 3 bis 6 anwesenden Mitgliedern der Rechten.) Wenn die Sozialdemokraten in Begrüßungstelegrammen der Beamten an den Staatssekretär eine unwürdige Kriecherei sehen, so ist das ein Faustschlag ins Gesicht der Beamten. (Lachen b. d. Soz.) Aber der Staatssekretär sollte die in Beamtenkreisen herrschende Mißstimmung nicht allzu leicht nehmen. Die Beamtenvorlage kommt hoffentlich noch in dieser Tagung. Trotz der ungünstigen Finanzlage sind wir für die Ostmarkenzulage. Redner begründet die Resolution seiner Fraktion auf Herabsetzung des Ortsportos und bittet bei der Telephonreform die Interessen des erwerbstätigen Mittelstandes zu berücksichtigen.

**Kulerski** (Pole) tritt warm für den früheren Schalterschluß an Sonnabenden ein, verlangt, daß der erste Weihnachtstag und der Neujahrstag den Postbeamten frei gegeben werde und wendet sich mit großer Schärfe gegen die Ostmarkenzulage, die das ethische Niveau der Postbeamten tief herabzudrücken geeignet sei. Der hakatistische Geist hat doch schon genug Verwüstungen angerichtet. (Sehr wahr! b. d. Polen u. d. Soz.) Auch wir im Osten haben unseren Fall Schellenberg. Ein Briefbote ist entlassen worden, weil er bei der Reichstagswahl für einen polnischen Kandidaten gestimmt hat. Man hatte ihn im Verdacht einer solchen Stimmabgabe und wußte es dahin zu bringen, ihm den Eid darüber zuzuschieben. (Hört, hört! b. d. Polen und den Soz.) Als er dann erklärte, für den Polen gestimmt zu haben, wurde er entlassen. (Erneutes Hört, hört!) — Es werden überhaupt im Osten sehr zum Schaden der Briefbestellungen systematisch polnische Briefträger entlassen. — Redner spricht die Zustimmung seiner Partei zu der Resolution v. Damm auf Herabsetzung des Ortsportos aus. (Bravo! b. d. Polen.)

**Werner** (A.) ist für die Ostmarkenzulage und wünscht baldige Vorlegung des Beamtenbesoldungsgesetzes.

Staatssekretär **Krätke** erklärt, daß auch die Landbriefträger in gehobene Stellen einrücken können, wenn sie zuvor Stadtbriefträger geworden sind. — Der Fall mit dem entlassenen Landbriefträger liegt anders, als Herr Kulerski ihn dargestellt hat. Eine Zeitung hatte einen Lehrer beschuldigt, für den polnischen Kandidaten gestimmt zu haben. Der Lehrer erhob Klage und in der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der Briefträger den fraglichen Stimmzettel abgegeben hat. Die Bromberger Oberpostdirektion ließ dem Manne Vorstellungen machen, weil er den falschen Verdacht gebracht habe. Der Briefträger räumte ein, unehrenhaft gehandelt zu haben und bat um seine Pensionierung, die ihm in Anbetracht seines hohen Alters bewilligt wurde.

Dr. **Struve** (FVg.): Württemberg hat eine weit fortgeschrittenere Postverwaltung als Preußen. Es läßt sich durchaus einrichten, daß die Dienststunden der Postbeamten nicht über 60 pro Woche hinausgehen. Für die Mißachtung der Unterpostbeamten ist es bezeichnend, daß in Oldenburg ein junges Mädchen nicht als Telephonistin zugelassen wurde, weil ihr Vater Postunterbeamter ist. (Hört, hört! links.) Der Hildesheimer Regierungspräsident hat den Lehrern verboten, an die Postunterbeamten Fortbildungsunterricht zu erteilen. (Erneutes Hört, hört! links.) Auf das allerentschiedenste mißbilligen wir das Vorgehen der Postverwaltung im Fall Schellenberg. (Lebhafte Zustimmung links.) Dr. Schellenberg erzählte mehreren Berufskollegen, die nationalliberal gewählt haben, er habe für den Sozialdemokraten als das kleinere Übel gestimmt. Eine Kellnerin erzählte das dem nationalliberalen Stammtisch und ein Postrat a. D. sandte die Anzeige an die Oberpostdirektion in Frankfurt. (Zurufe bei den Freis.: Pfui! und Lump!) Die Oberpostdirektion in Frankfurt warf die Denunziation in den Papierkorb. (Lebhaftes Bravo! links.) Aber der Postrat a. D. sandte sie weiter an die Reichspostverwaltung, die die Denunziation nicht in den Papierkorb warf, sondern Dr. Schellenberg amtlich verheimen ließ. Dr. Schellenberg lehnte jede amtliche Angabe über seine Stimmabgabe ab, gab aber privatim zu, daß er für den Sozialdemokraten gestimmt habe. Darauf wurde ihm die Stelle gekündigt, die er 14 Jahre inne gehabt. (Zuruf b. d. Freis.: Unerhört!) In Kiel hat dieselbe Postverwaltung, die einen Arzt wegen Abgabe eines sozialdemokratischen Zettels in der Stichwahl maßregelt, dadurch, daß sie einem Telegraphensekretär verbot, bei den Stadtverordneten zu kan-

---

„Weiß es nicht, Euer Herrlichkeit", sagte der Kutscher. — „Heda, aus dem Wege, mein Junge! — Was, beim Christ, habt Ihr denn vor hier am gesegneten Sonnabend?"

„Kehr um", schrie der alte Bürger, an welchen die Frage gerichtet war, „Du kannst hier nicht durch mit Deinem elenden, alten Karren. Ganz London ist auf den Beinen. — Sie erwarten den Prinzen von Wales, der von Portsmouth zurückgebracht werden soll, mit Jesuiten, Priestern und abtrünnigen Verrätern. — Lord Powis, der größte Schuft von allen, soll dabei sein und an der Spitze stehen. — Von Whitehall haben sie nun Soldaten nach Southwark geschickt, die den Jungen, der ein Prinz und Thronerbe sein soll, in Empfang nehmen wollen. Aber ich will verdammt sein, wenn wir's leiden! — Ich will verdammt sein, wenn Kohlstrünke, Ziegelsteine, faule Äpfel und Eier den verwünschten Paddys die Sache nicht so leid gemacht haben, daß sie ausgerissen sind nach Westminster und den Jungen selbst sehen lassen, wie er nach Haus kommt."

„Haha!" rief der Kutscher, „Ihr werdet ihn also begleiten."

„Begleitung soll er haben," schrie der Mann, „daß ihm die Ohren noch davon gellen, wenn er zwanzig Jahre älter geworden ist. — Aber was ist das?" fuhr er fort. — „Seht da! — Ein Wagen, ein Wagen! — Und darinnen sitzt Lord Dartmouth und der Schelm Dover. — Ich will verdammt sein, wenn es nicht der schuftige Dover, der Jesuitenknecht ist. — Hurra für Lord Dartmouth! Nieder mit Dover! Nieder mit dem Papisten, dem abtrünnigen katholischen Hund!"

Der Ruf wurde von hundert und hundert Stimmen wiederholt, er galt einem Wagen, der, mit sechs raschen Rossen bespannt, im schnellsten Trab die Straße heraufkam und rasch an dem Mietfuhrwerk vorüberflog. — Die Volksmenge stürzte sich mit Geheul und Hurras hinter her, und als es stiller und leerer geworden war, öffnete sich das kleine Fenster wieder, und die tiefe männliche Stimme sprach: „Kehre um, Thoms, wir kommen nicht durch. Fahre nach Kingston, wir wollen dort sehen über den Fluß zu kommen."

So geschah es. Abends, als es dunkelte, kam der Wagen beim Whitehallpalast an und hielt an einer kleinen Seitenpforte. Hier öffnete sich der Vorhang zum ersten Male. Ein vornehm blickender Herr, der einen langen Stoßdegen und einen dunklen Mantel trug, sprang heraus; eine Dame reichte ihm etwas, das er schnell verbarg, dann folgten ihm ein paar Frauen in Reisekleidern, und alle verschwanden in der Pforte. — Niemand hatte die Ankömmlinge bemerkt, niemand sie beachtet. Sie schlichen durch die öden Gänge des Schlosses bis in das königliche Vorzimmer; plötzlich aber wurde dies geöffnet, und in dem Lichtglanz der großen Wandleuchter stand der König vor Jeffreys, Barillon und einigen seiner vertrautesten Hofleute.

„Ha! Lord Powis!" rief der König, „gelobt sei Gott! Wo ist er, wo ist mein Sohn?"

„Hier, gnädigster Herr," erwiderte der Lord, indem er seinen Mantel aufschlug und zwischen den mit Spitzen und Perlen gestickten Wiegentüchern den kleinen festschlafenden Prinzen zeigte.

Jakob beugte sich über seinen Thronerben und legte segnend seine Hand auf den Kopf des Kindes. In seinen Augen verschwand die düstere Strenge, sie strömten Rührung und besorgte Vaterliebe aus. — „Armer Knabe," sprach er, „welche Erfahrungen machst Du schon in den ersten Monaten Deines Lebens? — Die Untreue jagt Dich aus dem Arm Deiner Mutter durch freventlich empörtes Land; die Untreue und der Ungehorsam hindern, daß ein rettendes Asyl Dich aufnimmt; sie verfolgen Dich mit Zischen und Geheul. — O, mein Kind! mein Kind! Du wirst einst viel zu verzeihen haben, wenn diese von ihrem Gott und Könige abgefallenen Menschen zur Vernunft zurückgekehrt sein werden, wenn" — sagte er, sein Haupt aufhebend und sein hartes, gelbes Gesicht in tiefe Falten ziehend — „wenn die Verbrecher mit Gottes Hilfe gestraft, die Verräter gerichtet sind."

In diesem Augenblick öffnete sich eine Seitentür, und die Königin trat schnell herein, gefolgt von mehreren ihrer Damen. —

Lord Powis, der das Kind noch trug, ließ sich auf ein Knie nieder und hielt der schönen jungen Fürstin den Erben der drei Königreiche entgegen. — Mit Tränen in den Augen und mit einem lauten, natürlichen Schrei der Freude schloß die Mutter das Kind in ihre Arme, und ohne sich hindern zu lassen, daß es erwachte und zu weinen begann, bedeckte sie es mit ihren Küssen, betrachtete es mit heißen Blicken und stammelte eine Reihe abgebrochener, zärtlicher Namen bald in englischer, bald in italienischer und französischer Sprache, die von erneuten Liebkosungen und hastigen Fragen unterbrochen wurden.

„Die Unmenschen!" sagte Jakob, dieses Schauspiel betrachtend, indem er sich auf des Pater Petre's Arm stützte — „wenn sie diesen Ausdruck mütterlicher Angst in jeder Miene der Königin sehen könnten, sie würden nicht länger ihre boshaften und entehrenden Verleumdungen ausbreiten."

„O! mein Gemahl!" rief Maria von Modena, ihre Hand zu dem finstern, alten Gatten bittend ausstreckend, „es ist unmöglich, ich kann mich nicht wieder von meinem einzigen Sohne, von meinem Liebling, von meinem größten Schatz auf Erden trennen. — Mögen die Mörder und Ketzer kommen, mögen sie ihre Greuel an uns vollenden, mein Kind lasse ich nicht; mein unschuldiges, teures Kind soll nimmermehr von meiner Seite gerissen werden."

„Beruhigt Euch, Maria," erwiderte der König, sie umarmend und küssend. „Eure weiche, schöne Seele kann es nicht fassen, daß es so verruchte Elende geben kann, die ein Kind von seiner Mutter reißen und es ausstoßen, verfolgen und verhöhnen. — Ha! wenn nichts meine Rache entflammen könnte, so wäre es dieser traurige Anblick. Ihr sollt mit Eurem Liebling gehen, teure Maria. Ich will mein Weib und mein Kind retten aus dieser Pest: ich will sie in Sicherheit wissen, damit diese Menschen, denen nichts heilig ist, sich nicht weiter an ihnen versündigen. Dann wird mir wohler sein, dann werde ich freier atmen und rascher handeln."

Der Marquis Barillon flüsterte einige Worte dem Pater Petre zu, der leise nickte und dann zur Königin gewandt mit seiner salbungsvollen Süße sprach: „Erinnern Sie sich, gnädigste Frau, daß auch die heilige Gottesmutter den größten Mutterschmerz erdulden mußte, ihren göttlichen Sohn von grausamen Feinden verfolgt und gemartert zu sehen. Aber die Stunde der Auferstehung kam, und Gott fand und züchtigte die Frevler."

„Wohl, mein Vater," antwortete die Königin, und ihren dunklen Augen entströmte eine Glut, die Kreuzigen und Scheiterhaufen errichten konnte — „auch wir werden warten, auch unsere Stunde wird kommen. Bei dem blutigen Herzen der heiligen Jungfrau! ich werde nicht vergessen, was man mir und was man diesem schuldlosen Kinde angetan hat."

(Fortsetzung folgt.)

didieren, und durch dieses Verbot viele Beamte verärgerte, der sozialdemokratischen Liste zum Siege verholfen. (Hört, hört! links.) Die Postverwaltung täte gut, aus diesen beiden Fällen eine Lehre zu ziehen. (Bravo! b. d. Freis.)

Staatssekretär Krätke bestreitet unter stürmischem, minutenlangen Gelächter der Linken und des Zentrums, daß Dr. Schellenberg gemaßregelt sei. Dr. Schellenberg hätte vorsichtig sein sollen, dann hätte keiner erfahren, wie er gestimmt hat. Ich kann doch nicht jedem Unterbeamten sagen: Der Herr hat zwar sozialdemokratisch gestimmt, ist aber kein Sozialdemokrat. Wenn Dr. Schellenberg so unvorsichtig ist, dann dringt so etwas in die Kreise der Unterbeamten, von denen ich nicht dulde, daß sie der Sozialdemokratie angehören. (Demonstrativer Beifall rechts, große Unruhe links.)

Eickhoff (FVpt.): Der Fall Schellenberg ist jetzt genug behandelt. Der Staatssekretär hätte die ganze Sache als Kellnerinnenklatsch behandeln sollen. (Sehr richtig! b. d. Freisinnigen.) Wir können den Beamten kein Koalitionsrecht geben, das zum Streik führt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber zu Verbänden sich zusammenschließen, müssen wir den Beamten gestatten. Beamtenausschüsse würden sehr zur Förderung des Friedens zwischen den Beamten und der Verwaltung beitragen. (Bravo! b. d. Freis.)

Staatssekretär Krätke fordert die Abgeordneten auf, die Beamtenwünsche doch lieber der Petitionskommission vorzulegen, bevor sie sie im Plenum vortragen.

v. Treuenfels (K.) jubelt unter frenetischem Beifall der Rechten über die Maßregelung Schellenbergs. Heraus mit Sozialdemokraten aus Vertrauensposten der Reichsverwaltung. Mit einem Menschen, der sozialdemokratisch wählt, darf eine Reichsverwaltung nichts zu tun haben. (Tosendes Bravo! rechts. — Lachen b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 3¾ Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe** hat am Mittwoch seine dritte Hauptversammlung abgehalten. Trotz der Abänderung bezw. Aufhebung der Paragraphen 4 und 6 des Organisationsvertrages im Buchdruckgewerbe hat derselbe einstimmig beschlossen, als besonderer Verband bestehen zu bleiben, seine Überflüssigkeit also noch nicht begriffen.

**Der Schiffszimmererverband** zählte am Schlusse des Jahres 1907 3738 Mitglieder gegen 3615 am Schlusse des Vorjahres. Das Vermögen des Verbandes steigerte sich von 77 289 Mk. Ende 1906 auf 96 591 Mk.

**Folgen allzu schroffer Behandlung.** Auf der Zeche „Freie Vogel" und Unverhofft" in Essen a. d. Ruhr verweigerten 46 Mann von der Frühschicht die Anfahrt, angeblich weil ein bei der Zeche schon 2½ Jahre beschäftigter Steiger sie zu schroff behandle. Die Direktion erklärte, die von den Leuten vorgebrachten Beschwerden an Ort und Stelle untersuchen zu wollen. In der Nachmittagsschicht verweigerten in demselben Steigrevier 30 Mann aus dem gleichen Grunde die Anfahrt. Da die Belegschaft sich vollkommen ruhig verhält, ist anzunehmen daß die Bewegung sich nicht weiter ausdehnt.

**Protestversammlung gegen die Kruppsche Pensionskasse.** Das Urteil des Landgerichts Essen über die Rechtlosigkeit der Arbeiter gegenüber der Kruppschen Pensionskasse scheint endlich auch die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes über die seit Jahren von sozialdemokratischer Seite dargelegten Nachteile aufgeklärt zu haben. In einer am 11. Februar in Essen abgehaltenen, von der genannten Organisation einberufenen Versammlung, wurde gegen die unhaltbaren Mißstände ein freilich recht zahmer Protest eingelegt. In der Versammlung wurde unter anderem folgender Fall angeführt: Vor wenigen Jahren bekam ein Arbeiter, der 37 Jahre bei Krupp beschäftigt war, Gelenkrheumatismus und mußte sich zur Arbeit schleppen. Darauf wurde er Portier. Jedoch auch dieser Arbeit konnte er nicht mehr vorstehen und wurde ohne Entschädigung entlassen. Die Firma sandte ihn auf seine Forderung auf Ansprüche zur Kasse, hier wurde er jedoch abgewiesen. Zum Klagen hatte der Mann kein Geld. Hätten die „Christlichen" nicht Jahre hindurch die berechtigte sozialdemokratische Kritik gegen die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen bekämpft, sondern sich ihr angeschlossen, so wäre heute vielleicht schon eine gesetzliche Änderung der bestehenden Zustände erreicht. Der christliche Metallarbeiterverband ist recht spät aufgestanden und versucht vergeblich, seine jahrelangen Beschönigungen der Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen durch laute Entrüstungsrufe nunmehr zu verdecken. Auch jetzt denkt er nur an eine eventuelle gesetzliche Regelung.

**An die Redaktionen der Parteipresse.** Im Monat Dezember ging durch die Presse eine Notiz über „Fürsorgeerziehung", die folgendermaßen begann: „Eine Frau wurde von ihrem Manne geschieden und nunmehr brachte man ihre Tochter in Fürsorgeerziehung und zwar zu einem Prediger auf dem Lande ꝛc." Wir haben ein Interesse daran, die Quelle dieser Notiz bezw. die Zeitung kennen zu lernen, die sie zuerst veröffentlichte, und bitten, dieselbe wolle sich bei uns melden. Redaktion des „Volksbote", Stettin.

## Genossenschaftsbewegung.

**Zwei Regierungsurteile über Konsumgenossenschaften.** Auf dem vierten Verbandstage des Verbandes Thüringer Konsumvereine in Meiningen begrüßte der Vertreter der Meiningischen Staatsregierung, Herr Staatsrat Dr. Hein, die erschienenen Delegierten mit einer längeren herzlichen Ansprache und hob hervor, wie er seit längerer Zeit den Bestrebungen des Genossenschaftswesens gefolgt sei und darin eines der hauptsächlichsten Mittel erkannt habe, die Bevölkerung zur eigenen kräftigen Indiehandnahme ihrer Angelegenheiten und zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen. Er erkennt mit Dank an, wie sich die Konsumvereine über ihre Tätigkeit hinaus auch ferner der Not der armen Waldbewohner in lobenswerter Weise durch Unterstützungen angenommen hätten und schließt mit dem Wunsche, daß die Tätigkeit auch ferner eine gesegnete sein und der Thüringer Unterverband sich fortdauernd gedeihend entwickeln möge.

Auf den fünften Verbandstag in Gotha begrüßte der Regierungsvertreter, Herr Staatsrat Monich, die Versammlung, indem er ausführte, „daß die Konsumvereine, deren Tätigkeit auf die Beschaffung billiger und guter Waren und die Förderung wirtschaftlichen Sinnes gerichtet sei, in der Bekämpfung bestehender Notstände nach einem Ziele strebten, dessen Erreichung, wenn auch auf anderem Wege, Ziel und Aufgabe jeder Staatsregierung sei. Die Konsumvereine als ein Teil der zahlreichen genossenschaftlichen Vereine in Deutschland bilden ein riesiges Glied in der Kette dieser, auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften. Und dieses Prinzip der Selbsthilfe sei es, welches den Staatsregierungen von besonderer Bedeutung für eine gedeihliche Entwicklung der Staatsverwaltung erscheinen müsse und umsomehr sich Anerkennung verschaffen werde, je mehr alle Mitglieder der Genossenschaften ihr eigenes Leben danach einrichteten. Die Befolgung dieses Grundsatzes der Selbsthilfe sei es, welche die Staatsangehörigen befähige, sich auch über öffentliche Dinge ein eigenes Urteil zu bilden, sich ohne Rücksicht auf fremde Einflüsse zu entscheiden. Dieser Grundsatz der Selbsthilfe sei für die Staatsregierungen deshalb so wichtig, weil das Urteil der nach ihm gebildeten Männer bei der Beratung der öffentlichen Angelegenheiten von besonderem Gewichte und erhöhter Zuverlässigkeit sei, weshalb zu wünschen, ja zu fordern sei, daß immer weitere Kreise sich ihm zuwendeten. Aus diesen Gründen widme auch die Herzoglich Gothaische Staatsregierung den Bestrebungen der versammelten Genossenschaften die größte Aufmerksamkeit und vermeide sie, störend der Entwicklung der Genossenschaften entgegenzutreten." Er schloß mit freundlichen Wünschen für segensreichen Erfolg der Verhandlungen.

Solch warme Worte hat man seit langer Zeit nicht mehr von Regierungsvertretern über das Konsumvereinswesen gehört und man fragt sich verwundert, was denn in Thüringen passiert ist, daß dorten die Konsumvereine auf einmal so vorurteilsfrei und gerecht beurteilt werden. Die Antwort darauf kann recht kurz sein: Die hier mitgeteilten Äußerungen stammen aus den Jahren 1880 und 1881. Inzwischen sind die Konsumvereine noch bedeutungsvoller geworden und ihr Wirken ist auch größer und sicherlich nicht weniger segensreich wie früher. Geändert hat sich aber die Anschauung der Regierungen über die Konsumvereine: man lobt sie heute nicht mehr, sondern behandelt sie als geduldetes Übel und sucht durch Steuern und sonstige Maßnahmen ihr Wachstum zu verhindern. Wie ungerecht diese Maßnahmen sind, zeigt vielleicht nichts deutlicher, wie die hier wiedergegebenen Urteile früherer Minister über die Konsumvereine.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Eine Nachfeier zu Kaisers Geburtstag** war am 12. Februar Gegenstand der Verhandlung des Kriegsgerichts der 28. Division in Mannheim. Angeklagt war der 27 Jahre alte verheiratete Vizefeldwebel Peter Pleeck von der 9. Kompagnie wegen Ungehorsams im Dienst und Verleitung zum Ungehorsam unter Mißbrauch der Dienstgewalt. Der Angeklagte hatte am Tage nach Kaisers Geburtstag mit einem Unteroffizier, 9 Einjährigen, 4 Gefreiten und zwei Mann vom zweiten Jahrgang von 1½ bis 4 Uhr Dienst im Exerzieren und in Zielübungen. Unterwegs kommandierte er ganz wider die Regel mit angezogenem Gewehr und in Marschformation Singen. Kaum hatten sie, auf dem Exerzierplatz angekommen, einige Schwenkungen gemacht, kommandierte er: „Rechts schwenkt marsch in der Richtung Gackstätter, wir trinken noch eins!" Sämtliche Leute widersprachen erst schüchtern, dann bestimmter, besonders der Unteroffizier, vor der Wirtschaft protestierten sie noch einmal, aber nach einigem Zögern fügten sie sich dem Kommando: „In Reihen gesetzt, marsch, marsch in die Wirtschaft, ich übernehme die Verantwortung!" Die, wie erwähnt, unter Gewehr befindlichen Leute hielten sich eine Stunde in der Wirtschaft auf, ein Gefreiter spielte Klavier, die anderen sangen und dann kommandierte der Vize: „Abrücken in die Kaserne", trotzdem ihn der Unteroffizier darauf aufmerksam machte, daß es erst 3 Uhr sei. Der Feldwebel Schneider bemerkte die vorzeitige Rückkunft der Mannschaft, auch daß der Abteilungsführer betrunken war, er übernahm die Abteilung, übte mit ihr weiter und erstattete dann Anzeige. Sämtliche Leute wurden auf dem Disziplinarwege wegen dieses Streiches bestraft, der Unteroffizier erhielt 3 Wochen, die Einjährigen und die Gefreiten 14 Tage gelinden Arrest, die Mannschaft 4 Tage Kasten. Pleeck hatte sich wegen der genannten Vergehen noch besonders zu verantworten. Er gab an, er sei so betrunken gewesen, daß er nicht mehr gewußt habe, was er tue. Sämtliche Leute der Abteilung behaupteten, sie seien sich darüber im unklaren gewesen, ob sie den dienstwidrigen Befehl des Vizefeldwebels auszuführen hatten. In der Wirtschaft hatte er zu den Leuten gesagt: „Eßt und trinkt, die Einjährigen bezahlen," und tatsächlich bezahlten auch die Einjährigen die Zeche von 14 Mk., obwohl sie wußten, daß sie ein Schriftstück unterschrieben hatten, daß das Geben und Nehmen von Geschenken verboten ist. Der Vertreter der Anklage erweiterte die Anklage auf diesen Mißbrauch der Dienstgewalt. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten 15 Tagen, während der Verteidiger auf Ausschluß der freien Willensbestimmung plädierte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 1 Tag. Mildernd kam in Betracht die seitherige gute Führung des Angeklagten, daß seine Karriere verloren, strafverschärfend die „ganz außerordentliche Gefährdung der Disziplin".

**Ein Prügelpädagoge.** Vor dem oberpfälzischen Schwurgericht hatte sich der Lehrer Johann Kraus von Weidenthal wegen 7 Vergehen der Körperverletzung und wegen eines Vergehens der Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Er hat eine Anzahl Schüler ganz barbarisch mit dem Haselnußstock geschlagen; einer der Knaben starb an einer Gehirnlähmung, die durch Stockhiebe auf den Kopf verursacht war. Der Nacheiferer Dippolds kam mit 3½ Monaten Gefängnis davon.

**Ein verurteilter Reichsverbändler.** Der Redakteur August Sänger von dem Erfurter Reichsverleumdungsblättchen wurde am Mittwoch vom Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung der Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zu 50 Mk. Geldstrafe oder zu fünf Tagen Haft verurteilt. Den beleidigten Vorstandsmitgliedern Schlicke, Reichel, Werner und Massatsch steht das Publikationsrecht zu. Die Beleidigung war in einem in dem genannten Blatte vom 5. Oktober 1907 erschienenen Referate mit der Spitzmarke: Ein hübsches Urteil über sozialdemokratisches Cliquenwesen gefunden worden.

## Aus Nah und Fern.

**Ein neuer Streich des Berliner Stadtfreisinns.** Aus Berlin wird gemeldet: Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung des Antrages des Stadtverordneten Dr. Arons und Genossen über die Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten hat „nach eingehender Beratung" beschlossen, dem Plenum der Versammlung vorzuschlagen, den Antrag abzulehnen.

**Der Friedbergsche Bankkrach.** In Sachen der Friedberg-Affäre in Berlin haben die Vernehmungen bestätigt, daß Friedberg und Bohn einer Erpresserbande in die Hände fielen. Bohn hatte ein Verhältnis mit der früheren Friedbergschen Kontoristin Scheybal, nachdem er bei Friedberg nach seiner Lehrzeit anstelle des Pommernbank-Direktors Romeick als Disponent eingetreten war. Die Scheybal kannte irgendwelche Machenschaften Friedbergs und Bohns und konnte sich jederzeit beliebige Summen durch einen einfachen Telephonanruf bei der Friedberg-Bank verschaffen. Sie lebte mit ihrer Mutter auf großem Fuße. Die Scheybal hatte ein Konfitürengeschäft in der Massenstraße, wo in den Hinterräumen Gelage mit Friedberg und Bohn und in deren Abwesenheit mit einem anderen Verehrer sich abspielten. Isabella Scheybal und Mutter wurden wegen Beihilfe zum Bankrott, Erpressung und Kuppelei dem Untersuchungsrichter zugeführt. Sie bestreiten ihre Verbindung mit Friedberg und Bohn, sind aber durch Briefe Bohns überführt. Isabella hatte zuletzt ein neues Verhältnis, dem sie kostbare Zuwendungen machte. Sicheren Nachrichten zufolge ist Friedberg in London ohne alle Geldmittel und wechselt täglich sein Unterkommen. — Der Berliner „Bankier" Friedberg, der sich in London mittellos befindet, bittet in einem Telegramm dringend um Geld. Die 35 000 Mk., die er vor seiner Flucht erhob, sind zum großen Teil in Berlin geblieben. Der die Verfolgung leitende Kriminalkommissar hat, um Friedberg zur freiwilligen Rückkehr zu bestimmen, an diesen ein offenes Telegramm durch die Presse verbreiten lassen, in dem es heißt: „In rein menschlichem Interesse zu Ihnen sage ich es Ihnen, daß es das beste für Sie ist, umgehend zurückzukommen, oder wenn Sie das nicht wollen, sich mit mir anderweitig in Verbindung zu setzen. Sie wissen selbst am besten, gegen welche Strafbestimmungen Sie sich vergangen haben. Einen Anhalt finden Sie, wenn Sie die Gründe der Verhaftung Ihres Syndikus erfahren. Jetzt ist der Moment, für den nach Ihrem Verhalten das Gericht später mildernde Umstände zuerkennen kann. Sie können jetzt noch wesentliche Dienste zur Aufklärung des Tatbestandes hier leisten."

**Influenza.** In Oels (Schlesien) mußten, wie berichtet wird, das Königliche Lehrerseminar sowie die Präparandenanstalt geschlossen werden, weil über die Hälfte der Schüler an Influenza erkrankt sind.

**Einen unheimlichen Fund** machten mehrere Schulkinder auf einem Landweg bei Langendreer. Sie entdeckten dort eine Kiste mit Dynamit, die erbrochen und bereits einer Anzahl Patronen beraubt war. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte den Fund; die Untersuchung ergab, daß von einer Dynamitfuhre, die für die Zeche „Scharnhorst" bestimmt war, eine Kiste ohne Wissen des Fuhrmanns verloren gegangen war.

**Zu Tode gehetzt!** In einem sächsischen Provinzblatte lesen wir folgende lakonische Notiz: „Am Montag wurde auf Sachsdorfer Flur ein aus Gauernitz gebürtiger, in den vierziger Jahren stehender Malergehilfe tot aufgefunden. Seinen Papieren nach ist er stellenlos und erst vor kurzem aus der Landesgefangenenanstalt entlassen, auch aus Dresden stadtverwiesen worden. Die Leiche wurde in die Wilsdruffer Totenhalle übergeführt." — Barbarische Kultur, die solche Fälle zeitigt!

**Schutz vor Schutzleuten.** Am Sonntag gegen ½11 Uhr abends verließen verschiedene Gäste ein Tanzlokal im Vororte Neudorf bei Straßburg i. E. Dabei beschimpfte der Schutzmann Kremser ein junges Mädchen mit „Sie drecketes Saumensch". Auch andere Passanten wurden beschimpft. Ein Passant, der nicht nach dem Wunsche des Schutzmannes einen Dauerlauf einschlug, erhielt sogar mehrere Fauststöße. Zwei friedlich nach der Stadt gehende Passanten wurden von dem Schutzmann am Kragen gepackt und in den Straßenschmutz gestoßen. Auf einen Bäckermeister lief der Schutzmann zweimal mit gesenktem helmbedeckten Kopf zu und stieß ihn mit der Helmspitze zwischen die Rippen, sodaß der Arzt eine Anschwellung der linken unteren Rippengegend, verbunden mit einer leichten Brustfellreizung, konstatieren konnte. Ein Wachtmeister, bei dem sich die Mißhandelten beschwerten, drohte einem Beschwerdeführer obendrein mit Verhaftung. Ein klassisches Bild aus dem Polizeistaat Preußen-Deutschland.

**Eine heikle Frage.** Welches ist der Preis der Waden einer Schneiderin? Die vierte Kammer des Pariser Zivilgerichts hatte diese etwas heikle Frage zu lösen, und noch dazu, ohne den Gegenstand direkt besichtigen zu können. Die in einem Weithause der Gue de la Paix beschäftigte Marie Renault war recht unvorsichtig in den Stall eines Wagenbesitzers Namens Guerin gekommen und hatte in der Finsternis mit dem Fuße gegen einen Korb mit neugeborenen jungen Hunden gestoßen, worauf die Hündin sie wütend ins Bein biß. Ihr Anwalt wollte geltend machen, daß die junge Dame dadurch entstellt sei, und es schwer haben werde, mit den zurückgebliebenen Narben einen Gatten zu finden, weshalb eine Entschädigung von mindestens 1500 Franks angemessen erscheine. Der Gerichtshof erachtete, daß die ästhetische Tragweite des Unfalls von dem Verteidiger sichtlich übertrieben worden sei, und erkannte nur auf eine Entschädigung von 500 Franks.

**Zweimal beerdigt.** Die Fixigkeit der Gerichtskommissionen ist ja bald sprichwörtlich und mehrfach hat diese löbliche behördliche Eigenschaft große Verwirrung angerichtet. Glänzend bewährte sie sich jedoch bei der Beerdigung des Fuhrmannes Kühne aus Eberswalde, der auf der Tiefseer Chaussee tödlich verunglückte. Am Tage der Beerdigung wurde vormittags die Gerichtskommission erwartet. Im Trauerhause waren die Leidtragenden versammelt, der Landwehrverein stand schon in Parade, sogar der Leichenwagen wartete vor der Tür, aber die Kommission kam nicht. Die Polizei gestattete bedingungsweise die Beerdigung, falls das Grab nicht zugeschüttet würde, in der stillen Hoffnung, die Gerichtskommission sei schon im Anzuge. Der Leichenzug bewegte sich nun zum Kirchhof, der Sarg wurde ins Grab gesenkt, das Grab blieb jedoch wegen der noch fälligen Gerichtskommission offen. Am nächsten Nachmittage geruhte aber die Gerichtskommission zu erscheinen. Wieder trabte das schwarze Trauerrößlein mit dem leeren Leichenwagen zum Kirchhof, der Sarg wurde aus dem Grab gehoben und feierlich zum Sterbehaus zurückgeleitet, dort nochmals aufgebahrt, die Leiche wurde obduziert und durfte nach einstündigem überirdischen Aufenthalt wieder beigesetzt werden. Hoffentlich wird nun der Tote nicht mehr gestört.

**1224 Todesfälle an Genickstarre.** Die Genickstarre hat im vergangenen Jahre auffallend viel Opfer gefordert. An Genickstarre kamen in Preußen im Jahre 1907 insgesamt 2724 Erkrankungen zur Anzeige. Zum Tode führten 1224 Erkrankungen. Von den Provinzen entfielen auf Brandenburg 112 Erkrankungen (38 Todesfälle), Groß-Berlin 70 Erkrankungen (27 Todesfälle), Berlin 54 (20), Charlottenburg 5 (3), Rixdorf 6 (3), Schoneberg 1 (1), Wilmersdorf 4, Bezirk Potsdam 27 (9), Potsdam 1 (1), Spandau-Stadt 4 (1), Bezirk Frankfurt 15 (2), Pommern 26 (11), Bezirk Stettin 10 (6), Stadt 5 (3), Schlesien 382 (225), Bezirk Breslau 96 (52), Breslau-Stadt 26 (18), Bezirk Liegnitz 30 (14), Oppeln 26[illegible] (158), Sachsen 19 (6), Bezirk Magdeburg 14 (6), Magdeburg-Stadt 1, Bezirk Merseburg 3, Erfurt 2, Schleswig-Holstein, Bezirk Schleswig 83 (45), Altona 37 (22), Flensburg-Land 1, Kiel-Stadt 17 (6), Hannover 63 (33), Bezirk Hannover [illegible] 2), Hannover-Stadt 3, Hannover-Land 1, Westfalen [illegible] (446), Bezirk Münster 284 (137).

**Die Analphabeten Spaniens.** Nach dem instruktiven Korrespondenzbericht der „Frankfurter Ztg." vom 6. Februar über Spanien besteht die Bevölkerung dieses Landes zu [illegible] Proz. aus Analphabeten. „Von 18 618 086 Einwohnern können 11 875 790 weder schreiben noch lesen. Die höchste

Verhältniszifern zeigt die früheste Jugend vom 4. bis zum 10. und das hohe Alter, vom 60. Lebensjahre an. Zwischen dem 11. und 20. Lebensjahre beträgt die Zahl der männlichen Analphabeten 46 Proz., die der weiblichen 57 Proz. Während sich dieser Satz für die weibliche Bevölkerung mit zunehmendem Alter zu ihren Ungunsten nach oben verschiebt, sinkt er für den männlichen Teil zwischen dem 20. und dem 50. Jahr auf die günstigeren Ziffern von 42 bis 44 Proz., um sich dann allerdings auch wiederum zu verschlechtern. Daraus ergibt sich, daß die traurige Lage der Volksschule es ist, der die Hauptschuld an dieser Verwahrlosung zufällt. Denn wenn auch der Schulbesuch seit dem Jahre 1857 obligatorisch ist und das Gesetz vom Jahre 1901 seine frühere Dauer von drei Jahren auf sechs Jahre verlängert hat, so sind eben diese gesetzlichen Vorschriften, wie hier so viele andere, immer nur auf dem Papier in Geltung gewesen. Eine Macht, die in Spanien stärker als Gesetzeskraft ist, der Klerikalismus, hat stets dafür zu sorgen gewußt, daß mit der Bildung nicht etwa die Aufklärung ins Volk kommt und den Ordensbrüdern das Geschäft verdirbt. Die kleine Überlegenheit an Bildung, die der männliche Teil der Bevölkerung gegenüber dem weiblichen aufweist, verdankt er dem Umstand, daß sich mancher wenigstens noch beim Militärdienst die elementarsten Kenntnisse aneignet. Am schlimmsten muß es mit den Unterrichtsverhältnissen in den Provinzen Murcia, Cordoba, Almeria, Jaen, Granada und Malaga bestellt sein, wo der Prozentsatz von Analphabeten selbst in der Altersklasse vom 11. bis zum 20. Jahre zwischen 68,8 und 72,7 beträgt. Doch soll um der Gerechtigkeit willen erwähnt werden, daß die Zahlen in einzelnen anderen Provinzen wesentlich besser sind, daß nämlich die Analphabeten in den Bezirken Madrid „nur" 17,8, Segovia 15,5, Soria 15,4, Burgos 14,1 und in Alava gar nur 12,8 vom Hundert zählen. Immerhin ein trauriges Bild spanischen Kulturlebens und eine schwere Anklage gegen die Regierung, die angesichts solcher Zustände sich nicht zu entschließen vermochte, den von fortschrittlicher Seite geforderten Mehraufwand von 5 Millionen Pesetas für Verbesserung des Schulwesens zu bewilligen, obwohl sie gerade zuvor dem bedrängten Land eine Mehrbelastung von 200 Millionen für Flottenzwecke zugemutet hatte."

## Allerlei Wissenswertes.

### Der Staub im Winter.

Es ist ja bekannt, daß der Staub eine ganze Reihe von Bestandteilen enthält, die dem Menschen durchaus nachteilig sind. Die Wolke auf den Straßen bei stürmischem Wetter besteht größtenteils aus feinen zerriebenen Steinpartikelchen, die wir deutlich spüren, denn sie dringen sogar in den Mund ein und bewirken hier ein Knirschen, wenn sie zwischen die Zähne kommen. — Außerdem finden sich im Staube die Überreste einer ganzen Reihe von Verwesungsprodukten. Aber auch das gehört noch nicht zu den Bestandteilen, die die Hauptgefahr für den Menschen ausmachen, sondern das sind die kleinsten Lebewesen, und zwar in erster Linie die Erreger unserer Infektionskrankheiten, von denen wir hier nur die Influenza, die Tuberkulose, den Scharlach, die Masern, die Cholera, die Genickstarre usw. usw. nennen wollen.

Wenn man den Staub durch die Befeuchtung und Besprengung der Straßen hintenan zu halten sucht, so treibt man in bezug auf die Infektionserreger den Teufel mit Beelzebub aus, denn manche unter ihnen brauchen gerade eine erhöhte Feuchtigkeit, damit sie am Leben bleiben und weiter gedeihen können. Darum ist das jetzige naßkalte und feuchte Wetter so nachteilig für die Gesundheit.

Wir wollen hier nicht auf die verschiedenen Mittel und Wege eingehen, die überhaupt zur Staubbekämpfung auf den Straßen dienen sollen, unter denen die Teerung, Ölung oder daß Besprengen mit antiseptischen Flüssigkeiten die Hauptstelle einnehmen, sondern wollen nur hervorheben, daß das Hauptmittel gegen solche Krankheitserreger die Sonne ist. Sie besitzt im Sommer, wenn sie ihre vollste Wirksamkeit entfaltet, eine außerordentliche bakterientötende Kraft, wie durch vielfache Versuche nachgewiesen ist. Im Winter indes liegt die Sache etwas anders, denn dann haben weder ihre Licht- noch ihre Wärmestrahlen die Kraft, wie im Sommer. Das kann aber an den trockenen Wintertagen ohne Schnee sehr nachteilig sein, wenn an ihnen durch den kalten, trockenen Ostwind der Staub und die an ihm haftenden Erreger von ansteckenden Krankheiten aufgewirbelt werden und in die Atmungsorgane der Menschen gelangen. — So haben also auch die schönen Wintertage ihre Nachteile.

Dr. med. Wilh. Kühn, Leipzig.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin,** 15. Februar. Eine ein und einen halben Meter lange, aus vier Einzelketten bestehende Perlenkette mit äußerst seltenen Perlen im Gesamtwert von 250 000 Mk. und eine Nadel mit einer großen weißen Perle im Werte von 17 000 Mk. sind gestern abend hier einer Gräfin W. aus dem Ankleidezimmer ihrer im Hochparterre gelegenen Wohnung in der Hindersinstraße während einer kurzen Abwesenheit der Gräfin gestohlen worden. In dem Ankleidezimmer hatte sich in der fraglichen Zeit nur die Zofe befunden, die vorläufig festgenommen wurde, aber den Diebstahl bestreitet.

**Breslau,** 15. Februar. Bei einem Brande in Rengersdorf erstickten, wie der „Schlesischen Zeitung" aus Glatz gemeldet wird, drei Kinder eines Arbeiters, während das vierte an einer Rauchvergiftung schwer erkrankte.

**Görlitz,** 15. Februar. Bei den Talsperre-Arbeiten bei Mark-Lissa wurden gestern durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß vier Arbeiter schwer verletzt und einer getötet.

**Driburg,** 16. Februar. Infolge Genusses von anscheinend verdorbenem Handkäse sind etwa 80 Personen zum Teil schwer erkrankt. Unter den Erkrankten befinden sich viele Arbeiter der hiesigen Glashütten, die teilweise den Betrieb einstellen mußten.

**Mülheim,** 15. Februar. Die Strafkammer verurteilte den Redakteur des politischen Witzblattes „Viktori", Rütsch, wegen Majestätsbeleidigung und Verbreitung unzüchtiger Schriften zu zehn Monaten Gefängnis.

**München,** 15. Februar. Schwere Schneestürme haben im Bayerischen Wald gewütet. Zahlreiche Telegraphen- und Telephonleitungen sind zerstört und der Postverkehr ist unterbrochen. Die Schneewehen liegen zum Teil 6 bis 8 Meter hoch.

**Wien,** 15. Februar. In Waidhofen an der Thaya hat der Schlosser Zimmelin in einem Tobsuchtsanfall gestern seine Frau und sein Töchterchen bestialisch ermordet.

**Czernowitz** (Bukowina), 15. Februar. Zur Behebung der durch Schnee verursachten Verkehrsstörungen fuhren zwei Lokomotiven mit einem Schneepflug gegen die Station Theodoresti. Knapp vor der Station stießen sie auf einen im Schnee steckenden Zug und zertrümmerten drei Lokomotiven, wobei ein Heizer getötet und drei Bedienstete schwer verwundet wurden.

**Budapest,** 15. Februar. Auf der Bahnfahrt von Miskolcz nach Budapest warf der Kaufmann Jlnitzky sein fünfjähriges Söhnchen aus dem Kupeefenster auf die Bahngleise, wo es schwerverletzt liegen blieb. Wie Mitreisende aussagen, war der Mann in Wut geraten, weil das Kind, welches er versteckt hatte, um das Fahrgeld zu sparen, gerade in dem Augenblick, aus seinem Versteck hervorgekommen war, als der Kontrolleur das Kupee betrat. Jlnitzky wurde sofort verhaftet.

**Mailand,** 15. Februar. Auf der Eisenbahnlinie Como—Mailand wurde der vom Zuge zerstückelte Leichnam des Güterverwalters des Ministers Tittoni Giuseppe Forlani gefunden. Eine bedeutende Geldsumme, die Forlani in Mailand einzahlen wollte, fehlte, man vermutet daher einen Raubmord.

**Christiania,** 16. Februar. Der Dampfer „Aslak" aus Christiania, der vor vierzehn Tage von Middelburg in Südafrika nach Christiania abging, ist wahrscheinlich verunglückt. In der Nähe von Kapstadt wurde ein Leichnam an Land geschwemmt, der einen Leibgürtel mit der Aufschrift „Aslak" trug. Die Besatzung betrug vierzehn Mann.

**Pietermaritzburg,** 15. Februar. Infolge einer Explosion schlagender Wetter wurden zwölf Europäer, darunter der Stellvertreter des Grubenkommissärs und 60 Eingeborene im Steinkohlenbergwerk von Glencos verschüttet. Da der Fördergöppel in die Luft flog, mußten die Rettungsversuche eingestellt werden.

## Handels- und Marktnachrichten.

### Getreidepreise.

Lübeck, 15. Februar.

**Weizen,** 117—127 Pfd. holl. 190—205 Mk. **Roggen** 114—123 Pfd. holl. 182—195 Mk. **Hafer** nach Qualität 140—155 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

**Lübecker Marktpreise** vom 15. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,30—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,50—4,20 Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stück 0,60 Mk., Gänse Pfd. 80 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85—95 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pfg., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg., Heringe 8 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genügend. Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60, Brachsen Pfd. 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 — Pf., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

### Sternschanz-Viehmarkt

15 Februar.

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 1649 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 54 Mk., leichte 54 Mk., Sauen 48—52 Mk. und Ferkel 49—53 Mk. pro 100 Pfund

## Literarisches.

**Balladenbuch. 2. Band: Ältere Dichter** („Hausbücherei" Band 25 26). Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel. 518 Seiten. Preis gebunden 2 Mk. Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung hat ihrem ersten Balladenbuch, das Gaben neuerer Dichter enthält, einen zweiten Band mit einer Auslese des älteren Balladenschatzes hinzugefügt. Das preiswerte, umfangreiche Buch muß als eine echte Volksgabe bezeichnet werden. Erzählende Lyrik findet leicht den Weg zum Volksherzen: sind doch fast alle unsere überlieferten Volkslieder Balladen. Einige der schönsten sind in dies Buch aufgenommen worden. Die echte Ballade verarbeitet in erzählender Weise eine Lebenserfahrung, die einfach aber weltumfassend ist, so daß der Mensch von Mal zu Mal, da er wiederum die Ballade liest, die in ihr ausgedrückte naive Weltweisheit immer mehr begreift. Ein gutes Balladenbuch ist darum immer ein gutes Hausbuch. Das vorliegende enthält z. B. Balladen von Clemens Brentano, Bürger, Chamisso, Droste-Hülshoff, Eichendorff, Goethe, Anastasius Grün, Heine, Herder, Kerner, Theodor Körner, Kopisch, Lenau, Julius Mosen, Platen, Prutz, Reinick, Schiller, Schwab, Seidl, Uhland, Johann Nepomuk Vogl und Zedlitz. Im Inhaltsverzeichnis sind für jeden Autoren biographische Einzelheiten beigegeben. — Dieses umfangreiche und trotzdem so überaus billige Buch ist wohl geeignet, das Ziel der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, der breiten Maße, die von unsern Dichtern geschaffenen Lebenswerte zu übermitteln, erreichen zu helfen.

**Karl Marx zum Gedächtnis.** Am 25. März 1908 werden es 25 Jahre, daß Karl Marx tot ist. Aus dieser Veranlassung gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Abhandlung aus der Feder Karl Kautsky über diesen großen Bahnbrecher des Sozialismus heraus. Kautsky schildert nicht den äußeren Lebensgang des Denkers, sondern er will das Verständnis von dem erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Die Arbeit will nicht nur sein eine Studie von Parteigeschichte, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

**Kommunale Praxis,** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Erschienen sind die Nummern 6 und 7 des neuen Jahrgangs, aus denen eine Zusammenstellung der Wertzuwachs-Steuerordnungen in einer Reihe von Gemeinden besonderer Beachtung empfohlen sei. Der Preis für diese Zeitschrift beträgt 3 Mark pro Quartal.

**In Freien Stunden.** Von der illustrierten Roman-Bibliothek „In Freien Stunden", die von unserem Parteiverlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben wird, liegen von dem mit dem 1. Januar begonnenen neuen Jahrgang die Hefte 5 und 6 vor. Neue Abonnenten können die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrgangs nachbeziehen. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft mit vielseitigem, unterhaltendem und belehrendem Inhalt. Das Heft kostet 10 Pfg. und wird von jeder Parteibuchhandlung und allen Austrägern der Parteizeitungen geliefert. Ferner liegt von dieser Zeitschrift die zweite Hälfte des elften Jahrgangs als stattlicher Band vor, dessen abwechslungsreicher Inhalt die Arbeiter-Bibliotheken veranlassen sollte, diese Bände zu erwerben.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

# Blut und Eisen

**Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit** von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder".** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.